

IM KAMPF FÜR EINE NEUE VERFASSUNG

PROGRAMMATISCHE REDEN

von

WILLI KNOTHE

Landesvorsitzender der SPD Groß-Hessen

PROFESSOR DR. LUDWIG BERGSTRÄSSER

Regierungs-Präsident, Darmstadt

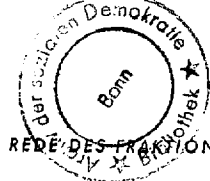
CHRISTIAN STOCK

Präsident der Landesversicherungs-Anstalt Groß-Hessen

AG2535

Verlag der Zeitungs-Druckerei, Berlin

Verlag : 35 733



REDE DES FRAKTIONSVORSITZENDEN DER SPD WILLI KNOTHE

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Seit acht Jahrzehnten kämpft die Sozialdemokratische Partei für die demokratischen Grundrechte des deutschen Volkes. Es gab keinen Sektor innerhalb unseres gesellschaftlichen Lebens, der unberührt geblieben ist von dem Willen, ihm ein demokratisches Gepräge zu geben. Die Herstellung der Souveränität des Volkes bedingte den Kampf der Sozialdemokratischen Partei gegen die jeweils herrschenden machtpolitischen Gewalten. Ihr Kampf galt jahrzehntelang dem Polizeistaat Preußen und dem deutschen Obrigkeitsstaate, in dem die Hohenzollerndynastie, gestützt auf den Militarismus, die Befehlsgewalt ausübte. War es doch Wilhelm II., der seinen Soldaten einmal sagte: „Wenn ich es Euch befiehlt, habt Ihr auf Vater und Mutter zu schießen.“ Diesem Staatengebilde mit seiner volkstfeindlichen Verfassung bewilligte bekanntlich die damalige sozialdemokratische Reichstagsfraktion keinen Mann und keinen Groschen. In diesem Staate war das Volk nur Objekt, und es entstand in jeder Art und Form den Befehlsgewalten.

Es gehört unter anderem mit zu der ruhmreichen Tradition der Sozialdemokratischen Partei, die Vorkämpferin für die politische Gleichheit und Freiheit beider Geschlechter in Deutschland gewesen zu sein. Wie wir der Auffassung sind, daß die Geschichte der Menschheit, bedingt durch die bestehenden Klassengegensätze, eine solche von Klassenkämpfen ist, so waren wir auch der Auffassung, daß Verfassungsfragen Machtkämpfe sind. Jedes Verfassungswerk wurde getragen von dem politischen Machtwillen der jeweils Herrschenden. Die demokratische Verfassung muß

durchflutet sein von dem freiheitlichen Willen des gesamten Volkes.

Getragen von dem Willen des Volkes Groß-Hessens sind wir nun berufen, meine Damen und Herren, eine Verfassung zu gestalten. Es sei mir deshalb ein kurzer historischer Rückblick gestattet.

Der historische Ablauf des deutschen Geschehens findet seine Begründung in den Auswirkungen des Geistes von Potsdam. Dieser Friederizianische Geist, unterstützt von der politischen Machtgruppierung, die vom Feudalismus ausging, vertrat die Auffassung einer Machtpolitik, die am Ende nur durch das Schwert gelöst werden konnte. Die deutschen Menschen wurden durch eine autoritäre, feudalistisch-militaristische Staatsführung in diesem Sinne beeinflusst. Diese staatspolitische Auffassung fand im neunzehnten Jahrhundert ihren Niederschlag in der politischen Willensrichtung des Junkers und Reichskanzlers Otto von Bismarck, von dem man weiß, daß er den deutschen Staat durch Blut und Eisen aufzubauen versuchte.

Durch die ökonomische Entwicklung Deutschlands zum modernen Industriekapitalismus änderte sich das Wesen dieser Politik keinesfalls. Die feudalistischen wie die industriellen Machthaber der sich langsam monopolisierenden Wirtschaft waren sich einig in einer imperialistischen Politik, die nur gestaltet werden konnte durch eine starke Militärmacht. Sinngemäß kam diese Politik zum Ausdruck in einer Rede, die Graf York zu Wartenburg im Jahre 1913 im Herrenhause hielt, in der er unter anderem sagte: „Der Friede mag ein schönes

Gut sein, das höchste ist er nicht, und ich bekenne mich zu der Auffassung, daß ich im Interesse unserer Nation nicht beklagen würde, wenn sie bald einmal berufen wäre, ihre Stellung in Europa mit dem Schwerte zu wahren.“

Daß man sich über die ungeheuren Folgen der modernen Kriegstechnik im klaren war, beweist das im Jahre 1911 erschienene Buch über den zukünftigen Frieden von Brüssel, in dem der Alideutsche Tannenbergschrieb: „Der Krieg darf dem Unterlagenen nichts lassen als die Augen zum Weinen über sein Unglück.“

Meine Damen und Herren! In grauenhaft furchtbarer Weise hat sich diese Argumentation der Konservativen Tannenbergs Deutschland gegenüber verwirklicht. Der Geist von Potsdam war es, der das deutsche Volk von einem Krieg zum anderen trieb. Er war es, mit dem sich Europa und die Welt immer wieder auseinanderzusetzen mußten und der nun endgültig aus den Hirnen und Herzen der deutschen Menschen beseitigt werden muß und begraben sein soll für alle Zeiten in der Garnisonkirche zu Potsdam. Wir müssen davon überzeugt sein, daß man der Geist von Potsdam nicht beseitigen kann durch Menschen, die nach unserer Meinung selbst noch von diesem Ungeist befangen sind. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, daß in dem werdenden neuen demokratischen Deutschland nicht mehr Menschen führend tätig sein können, von denen man auch nur den Glauben haben könnte, sie seien noch Anhänger dieses Ungeistes. Wir wollen nicht mehr von einer Ächtung des Krieges reden, sondern wir wollen durch eigenes Wollen die Voraussetzung dafür schaffen, daß ein Krieg, verursacht durch Deutschland, nie mehr möglich ist, niemals wieder möglich sein darf. (Beifall bei der SPD).

Meine Damen und Herren, es entspricht dem ökonomischen und staatlichen Machtwillen der herrschenden Schichten Deutschlands, des Feudalismus und des Industriekapitalismus, die Befehlsgewalt auf der

einen und die Untertanenpflicht auf der anderen Seite zu dokumentieren. Es war kein anderer als Wilhelm II., der einmal zum Ausdruck brachte: „Alle Schwierigkeiten entstehen dadurch, daß meine Untertanen, statt einfach zu tun, was ich ihnen befehle, selbst denken wollen.“

Im Radius dieses Zeitgeschehens wurde durch die Erkenntnis eines Ferdinand Lassalle, eines Mannes wie Schweitzer, und vornehmlich der Männer Karl Marx und Friedrich Engels eine neue gewaltige ökonomische, politische, soziale und sittliche Erkenntnis geschaffen. Der arbeitende Mensch lernte immer mehr erkennen, daß die menschliche Gesellschaft durch Klassengegensätze zerrissen ist und daß seine Arbeit ihm trotz einer höchstentwickelten Produktion nicht die natürlichen Lebensrechte einbrachte. Mit Leidenschaftlichkeit wurde durch die Sozialdemokratische Partei und durch die freien Gewerkschaften gegen die politische, soziale und kulturelle Entfremdung der schaffenden Menschen der Kampf geführt. Dieser Kampf, getragen von der hohen Idee des Sozialismus, rüttelte an den Felsen der herrschenden Schichten, und so versuchte schon Bismarck und später Wilhelm II., die soziale Lage der arbeitenden Menschen durch soziales Flickwerk zu heben, ein Beginnen, das niemals Aussicht auf Erfolg haben konnte, weil es eben nur Stückwerk war.

Wir Sozialdemokraten erkennen in Karl Marx den Schöpfer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus. Zusammen mit seinem Freunde Friedrich Engels hat er die Lehre von den Bedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus geschaffen. Die von kapitalistischen Schichten abhängigen bürgerlichen Kreise haben Karl Marx in seinem Werk und auch menschlich meistens falsch interpretiert. Er war der Sohn einer begüterten Advokatenfamilie. Er heiratete Jenny von Westfalen, eine Frau, die aus einer preussischen Adelsfamilie stammte. Dieser Mann konnte sein gewaltiges Geisteswerk nur vollbringen, indem er durch seinen Freund Friedrich Engels ständig

wirtschaftlich unterstützt wurde. Engels gab seine eigenen Studien auf und ging in den Betrieb seines Vaters, um dadurch Marx die materiellen Voraussetzungen zu schaffen und ihm die Möglichkeit zu geben, seine wissenschaftliche Arbeit fortzusetzen.

Meine Damen und Herren, warum führe ich das an? Ich führe es an, um die hohen sittlichen Werte der Menschen Marx und Engels aufzuzeigen, die so häufig von maßgebenden bürgerlichen Kreisen mißachtet werden. Jede Zeilepoche wird sich mit den Werken von Karl Marx und Friedrich Engels beschäftigen müssen, und zwar solange, bis der von ihnen wissenschaftlich begründete ökonomische und sittliche Sozialismus seine Verwirklichung gefunden hat. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Die sogenannte Klassenkampftheorie wird eben solange bestehen, als es noch Klassengegensätze gibt. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der bürgerlichen Seite, mit uns das Bestreben haben würden, die durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung bedingten Klassengegensätze zu beseitigen, würde das der Beseitigung des Klassenkampfes überhaupt gleichzusetzen sein. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Wenn Sie mit uns für einen absoluten sozialen Ausgleich und für die Schaffung einer sozialen Gerechtigkeit eintreten würden, kämen wir zumindest einer starken Abmilderung der Klassengegensätze näher. Wir Sozialdemokraten wollen nicht mehr, daß die Schaffenden leben von den Bröcken, die von den Reichen Tische fallen, sondern wir wollen, daß sie endlich ihren gerechten Anteil am Sozialprodukt erhalten.

Die Entwicklung Deutschlands zur demokratischen Freiheit wurde im letzten Jahrhundert zweimal jählings durch das Versagen des Bürgerlums unterbrochen. Und das Jahr 1848 hätte das deutsche Bürgerlum, wenn es mannhaft und standhaft gewesen wäre, seine Revolution glücklich zu Ende führen und dadurch das deutsche

Staats- und Verfassungsleben in andere Bahnen lenken können.

Diese revolutionäre bürgerliche Bewegung konnte nicht sieghaft beendet werden, weil große Teile der Führerschichten des Bürgerlums jener Zeit bis auf wenige aufrechte Männer sich wiederum unter die Fittiche der Dynastie, an deren Spitze damals König Friedrich Wilhelm IV. stand, flüchteten. Im Jahre 1933 verfiel die deutsche Geistesfreiheit wiederum durch das Versagen großer Teile des deutschen Bürgerlums, indem es sich von der in Weimar geschaffenen Republik entfernte. (Widerspruch bei der CDU.)

Es waren fast durchweg bürgerliche Schichten, die aus materiell-egoistischer Einstellung zum Nazismus stiegen. Es waren, meine Damen und Herren, jene Kreise, die, das kann statistisch nachgewiesen werden, kleiner, materieller Vorteile wegen, die ihnen der Nazismus versprach, zuhauf die Fahnen der Demokratie verliehen und in das Lager der Diktatur drängten. (Zuruf: Ermächtigungsgesetz.)

Hinzu kam, daß die Militaristen in Hitler den Mann ihrer Prägung erkannten, von dem sie glaubten, daß er ihren militaristischen Bestrebungen weitestens entgegenkommen würde. Es waren die Kreise der Schwerindustrie, der Großagrarier und der Militaristen, die in Hitler den Vollstrecker ihres politischen und ökonomischen Machtstrebens zu erkennen glaubten, denen sich in der Folge fast das gesamte deutsche Bürgerlum zuwandte. Der eklatanteste Beweis für den — es ist ein hartes Wort — Verrat an der deutschen Demokratie und Geistesfreiheit erbrachten die politischen Parteien des Bürgerlums, als sie am 23. März 1933 vor Hitler in die Knie gingen und für sein Ermächtigungsgesetz stimmten. (Sehr gut! bei der SPD.)

Es war einzig und allein — die Kommunisten wurden durch Hitler, indem er rückwärts das Recht und Verfassung brach, ihre Reichstagsitze für verlustig erklärt — die Sozialdemokratische Partei, die durch

ihren Sprecher, den damaligen Vorsitzenden und Reichstagsabgeordneten Otto Wels, die Demokratie, die Menschenwürde und die Unverletzbarkeit des Rechts verteidigte. Ich gestatte mir, einige Sätze aus der Erklärung Otto Wels zur Kenntnis zu geben, weil ich es für wertvoll erachte, daß diese klare und mutvolle Haltung der Sozialdemokratischen Partei dem deutschen Volke und den kommenden Geschlechtern lebendig erhalten bleiben muß.

Unter dem Toben der braunen Reichstagsabgeordneten nicht allein, sondern auch unter Mißfallensbezeugungen der Leute von den übrigen Parteien sagte damals Otto Wels unter anderem:

„Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kräfte schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Treue und Standhaftigkeit verdienen Bewunderung. Ihr Bekenntnis zu, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“ (Bravos! bei der SPD.)

Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, diese Worte eines demokratischen Sozialisten mußten festgehalten werden in den Geschichtsbüchern. Unsere Kinder sollten erkennen, wenn sie in der Schule das Geschichtsbuch zur Hand nehmen, daß es doch noch einen Mann, eine Partei, eine Schicht von Menschen gab, die nicht so mir nichts, dir nichts sich die Geistesfreiheit nehmen ließen, die die Demokratie so leicht nicht aufgaben. Otto Wels

war ein mutvoller Verfechter, und seine Rede hatte zur Folge, daß die Sozialdemokratische Partei in der Folge noch stärker, als es vormals schon geschehen war, durch die Schergen des Nazismus verfolgt wurde.

Die Sozialdemokratische Partei stimmte als einzige gegen das Ermächtigungsgesetz, und die Sozialdemokratische Partei des neuen demokratischen Deutschland erhebt deshalb den Anspruch, die Hüterin der Freiheit des deutschen Volkes bis zur letzten Konsequenz gewesen zu sein, während fast das gesamte deutsche Bürgerlum diese Freiheit für das Linsengericht materieller Vorteile opferte. Die später erfolgte Loyalitätserklärung der bürgerlichen Parteien — ich glaube, es war im Juli 1933 — Hitler gegenüber sicherte diese Leute vor den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern, vor dem Verlust ihrer Vermögenswerte und dergleichen mehr. Wenn man heute von einer Widerstandsbewegung in Deutschland spricht gegen Adolf Hitler, gegen seine Partei und gegen seine Politik — und das wollen wir auch der Welt sagen —, dann lag diese Widerstandsbewegung auf das stärkste begründet in den Kräften, die ausgelöst wurden durch die Sozialdemokratische Partei, die Partei, deren Mitglieder einen unerhört größeren Blutzoll dem Nazismus gegenüber entrichten mußten als andere.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten standen und kämpfen für das Verfassungswerk von Weimar. Es kann zum Ausdruck gebracht werden, daß die Verfassung von Weimar die freieste der ganzen Welt gewesen ist, und indem wir erneut ein Bekenntnis ablegen für den Geist, der aus der Verfassung von Weimar strömte, werden wir uns nicht mehr dazu bekennen, eine Duldankheit zu unterstützen, die von den Gegnern der Demokratie wiederum mißbraucht werden könnte. Duldung können nur positive Demokraten verlangen und erwarten, während die, die gegen die Demokratie und ihre Verfassung ankämpfen, deren Härte erfahren müssen.

Die ausgeübte Toleranz der Demokratie von Weimar ist eine der Ursachen, die zu ihrem Untergang führte. Die monopolisierte Großwirtschaft entwickelte sich unter dem Schutz der demokratischen Verfassung in der Zeit von Weimar immer mehr zum Antipoden der Demokratie. Ihr Machtwille nach innen und außen wurde immer stärker und schlagkräftiger durch eine ungemein straffe Wirtschaftsorganisation. Dieselben Wirtschaftskreise, die es angeblich nicht vermochten, erhöhte Finanzleistungen zugunsten des Weimarer Staates aufzubringen, unterstützten Hitler und seine Politik durch viele Millionen. Die Herren von Papen, Hugenberg, Thyssen, Krupp von Bohlen, Schröder usw. gehörten mit zur Spitzenführung der deutschen Reaktion. Das Primal der Großaktionäre innerhalb des kommenden demokratischen politischen Geschehens muß nach meiner Meinung — das zeigt uns die Erkenntnis von Weimar — endgültig verbannt sein. Gleiches politisches Recht, gleiches Recht vor dem Gesetz müssen Hand in Hand gehen mit der Beseitigung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit. Die politische Demokratie muß in stärkerem Ausmaß, als solches während der Zeit von Weimar der Fall gewesen ist, der Wirtschaft gegenüber wirksam werden. Die Demokratie muß innerhalb des Wirtschaftsgeschehens ebenfalls den Sieg davontragen. Es müssen deshalb nach unserer Auffassung in der neuen Verfassung alle Voraussetzungen geschaffen werden, daß sich die Wirtschaftsmächte nicht mehr reaktionär entfallen können gegen die politische Demokratie und gegen den demokratischen Staat. Wir erleben während der beiden Weltkriege eine durch den Staat gelenkte und intensiviertere Wirtschaft im Sinne der notwendigen Rüstungsproduktion. Wir wollen die Wirtschaft, die nur eine sozialistische sein kann und die die Aufgabe hat, dem Wohlstand aller zu dienen, für den Frieden intensivieren und nach dem Bedarf planmäßig lenken. Es muß nach unserer sozialdemokratischen Auffassung deshalb eine Produktions- und

Verbrauchslenkung erfolgen. Es ist augenscheinlich, daß sich gegen diese notwendige und sinnvolle Auffassung wieder Kräfte wenden, die an der Führung der Wirtschaft von gestern stärksten Anteil genommen haben. Gegenwärtig ist die Zusammenballung der finanziellen Machtpositionen in einzelnen Konzernen nach außen hin noch unerwünscht und nicht möglich. Aber wir wissen, daß bereits Kräfte am Werke sind, die nach Wiedereintritt ruhigerer Zeiten zu denselben Zielen zu gelangen versuchen werden, wie sie früher erreicht haben. Wir Sozialdemokraten sind der Meinung, daß der ungeheure materielle Notstand, in dem sich Deutschland befindet, nicht zuläßt, daß innerhalb der Wirtschaft nach dem Profitmotiv gehandelt wird. Es kommt nicht darauf an, was einzelne Großunternehmer oder Gesellschaften an Gewinn oder Dividenden verteilen können, sondern darauf, daß die Tendenz der Gesamtwirtschaft dem allgemeinen Notstand Rechnung trägt. Auch sind wir Sozialdemokraten weiter der Auffassung, daß die Schlüsselindustrien wie die des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft, der Großbanken, der Kreditinstitute usw. aus der privatwirtschaftlichen Machtsphäre losgelöst werden müssen und in das Gemeinwohl zu überführen sind, während der Fortbestand der Klein- und Mittelbetriebe nicht nur gesichert sein soll, sondern nach unserer Auffassung gefördert werden muß.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen erscheint es mir notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir Sozialdemokraten Wert darauf legen, Hüter und Pfleger der Arbeitskraft, des einzigen Aktivpostens, der uns Deutschen noch verblieben ist, zu sein. Jeder nur mögliche Schutz und jede Hilfe muß dieser Arbeitskraft des schaffenden Menschen zuteil werden. Aus diesem Grunde müssen wir die Kräfteentfaltung der Gewerkschaften, die neben der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmerschaft auch die sozialen vertreten

sollen, stärkstens fördern. In allen Betrieben müssen zukünftig die Arbeitnehmer, vertreten durch die Gewerkschaften, mitbestimmen und an der Geschäftsführung beteiligt sein. Zwecks Gelfandmachung berechtigter Forderungen der Arbeitnehmerschaft ist ihr nach unserer Auffassung das Streikrecht zuzubilligen, während wir ein Aussperrungsrecht seitens des Unternehmens nicht anerkennen vermögen.

Dem Schutz und der Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft dient eine großzügig ausgebauten Sozialpolitik. Die Struktur des neuen werdenden demokratischen Staates kann sich nicht mehr erschöpfen in der Schaffung von sozialen Reformen, sondern macht eine Politik auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens nach sozialistischer Ausrichtung notwendig. Vom Armenwesen bis zum staatlich anerkannten sozialen Rechtsanspruch und zur Selbstversicherung war es ein weiter Weg, und es bedurfte harter Kämpfe, die geführt wurden, wie ich bereits anfangs meiner Ausführungen betonte, fast einzig und allein durch die sozialdemokratische Partei in Verbindung mit den freien Gewerkschaften, ein Kampf, der so lange geführt wurde, bis ein sozialer Zustand erreicht war, wie wir ihn während der Zeit von Weimar besaßen. Die Sozialdemokratische Partei hat dem Staat von Weimar das soziale Gepräge gegeben und durch ihn ein Arbeitsrecht geschaffen, das spitzführend gewesen ist. Wir müssen einen sozialen Standard erreichen; durch den selbsttätige soziale Hilfsorganisationen unterstützt sind. Das kann nach unserer Meinung nur durch eine Vereinheitlichung und Neuorganisation der gesamten Sozialversicherung möglich werden.

Es darf, meine Damen und Herren, nicht vergessen werden, darauf hinzuweisen, daß der Zusammenbruch des Hitlerregimes auch auf dem Gebiet der Sozialversicherung ein Trümmerfeld hinterließ. Dieses Trümmerfeld erfuhr eine Erweiterung durch die Auswirkung des Krieges in bezug auf den Gesundheitszustand unseres Volkes. Hierbei denken wir auch an die Kriegsversehr-

ten und Kriegskranken, an den Gesundheitszustand der Flüchtlinge und besonders an den unserer Kinder.

Wenn zum Beispiel aus Mannheim berichtet wurde, daß nach Untersuchung und Befragung von 22 000 Mannheimer Volksschülern über drei Viertel aller an dem betreffenden Tage morgens entweder kein Frühstück oder nur ein unzureichendes erhalten hatten, so zeigt dies die ungeheure soziale Notlage auf, in der sich die Eltern dieser Kinder befinden. Wenn weiter durch diese Untersuchung zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Hälfte aller Kinder nur ein Paar Schuhe und ein Viertel derselben nur ein Kleidungsstück besitzen, während zehn Prozent der Kinder den Unterricht nicht besuchen können, weil sie keine Schuhe anziehen haben, daß ferner neun Prozent von Schmutzkrankheiten aus Mangel an Waschmitteln und Badegelegenheit befallen sind, so ist leider kein Bericht über den allgemeinen Gesundheitszustand dieser Kinder gegeben worden. Wir wissen aber aus der Presse und der Statistik, daß Kleinstkinder bis zu fünfzig Prozent unter Rachitis leiden und daß die Kindersterblichkeit in Deutschland noch niemals so groß war wie gegenwärtig.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, danke ich daran, daß der Schuld die Sühne folgen muß. Das deutsche Volk muß sich seiner Schuld und seiner Verantwortung bewußt sein, und wir wissen um unsere Schuld. Aber, und das, glaube ich, soll man auch hier zum Ausdruck bringen, wir wissen auch um die Schuld der anderen. Wir wissen, daß das deutsche Volk nicht allein schuld an diesem maßlos gewordenen Elend ist, unter dem am meisten natürlich Deutschland zu leiden hat. Wir verabscheuen und verfluchen das Naziregime mit all seinen Grusamkeiten. Aber unschuldig sind und bleiben immer die Kinder. Wir müssen die Frauen und Mütter der ganzen Welt aufrufen, wir müssen das Weltgewissen wecken, indem wir zum Ausdruck bringen, daß Millionen deutscher Kinder, wenn nicht bald Hilfe kommt, zugrunde gehen wer-

den. Diese Millionen Kinder haben eine große Anzahl von Eltern, die in der Widerstandsbewegung gegen Hitler tätig gewesen sind. Das Leid der deutschen Mütter schreit zum Himmel, die ihren Kindern am Morgen noch nicht einmal ein Stückchen trockenes Brot mit in die Schule geben können. Wir wissen, die Schuld des deutschen Volkes ist groß; möge aber, meine Damen und Herren, die Schuld der anderen nicht noch größer werden dadurch, daß Tausende und aber Tausende deutscher Kinder krank werden und sterben, weil ihnen fast alle Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung fehlen.

Meine Damen und Herren! Der soziale Zustand, in dem sich das deutsche Volk befindet, bedingt, wie bereits betont, eine Konzentration und eine vollkommene Neugestaltung des Sozial- und Krankenversicherungswesens.

Aber, meine Damen und Herren, die neu werdende Verfassung muß auch den Geist der Rechtssicherheit zum Ausdruck bringen. (Sehr richtig! bei der SPD.)

An Stelle der von 1933 bis 1945 erduldeten Rechtlosigkeit muß wieder die Rechtssicherheit treten, das gleiche Recht vor dem Gesetz für alle Staatsbürger. Die Menschen müssen wieder Vertrauen zu ihren Richtern haben, und diese sollen unbestechlich und nicht irgendeinem Zwange ausgesetzt sein. (Sehr gut! bei der SPD.)

Das Recht soll und muß dem demokratischen Bewußtsein entspringen. Der Nazismus machte aus Recht das grauhafteste Unrecht, und die massenhaften Eluturteile sowie die in den Konzentrationslagern verübten Grausamkeiten sind die furchtbarsten Beweise. Richter, die während der Nazizeit durch ihren Richterspruch die Grundsätze der Menschlichkeit außer acht ließen, können nach unserer Überzeugung in der Demokratie niemals wieder berufen werden.

Ich gestatte mir, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang auf den

Fall Dr. Hermens, der Vorsitzender des Zweiten Strafsenats beim Oberlandesgericht Hamm ist, hinzuweisen. Herr Dr. Hermens, der mehrere tausend Antifaschisten zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt hat, wurde durch einen Untersuchungsausschuß von der Anklage freigesprochen, Naziaktivist gewesen zu sein. Der Ausschuß bestand aus Dr. Lindemann, Oberlandesgerichtspräsident in Düsseldorf, Dr. Staff, Oberstaatsanwalt in Braunschweig, und Dr. Klaf, Oberstaatsanwalt in Hamburg. Ich weise aus einem ganz besonderen Grund auf diese Tatsache hin, aus dem Grunde nämlich, wie später einmal der Staatsgerichtshof sich zusammensetzen soll, woher wir uns überhaupt die demokratische Idee holen sollen, wenn jetzt schon solche Urteile gefällt werden.

Aber, meine Damen und Herren, noch ein kleines Beispiel: Auf eine Anzeige ehemaliger politischer Häftlinge gegen den früheren Polizeiwachmeister Köppe wegen Gefangenennahmehandlung, begangen im Jahre 1935, hat die Staatsanwaltschaft Göttingen entschieden, daß wegen Verjährung der Angelegenheit kein Strafverfahren eingeleitet werden könne. (Hört, Hört! bei der SPD.)

Gegen solche Richter und gegen eine solche Auslegung der Gesetze, gegen solche Auffassungen müssen wir den stärksten Einspruch erheben. Wenn das wieder so werden soll, wie es zum Teil während der Zeit von Weimar gewesen ist, dann wird auch in der neu werdenden Demokratie der Richterstand das Vertrauen des Volkes nicht auf sich ziehen können. Deshalb sind wir der Auffassung, daß die neu werdende Demokratie keine so weitmaschige Toleranz an den Tag legen darf, wie es während der Zeit von Weimar der Fall gewesen ist. In dieser Zeit konnten irgendwelche Nazisten Staatsoberhäupter in Wort und Schrift beleidigen, weil sie wußten, daß sie mit einer lächerlichen Geldstrafe oder mit einer kleinen Haftstrafe davonkamen. Wer die demokratische Verfassung und ihre Repräsentanten an-

greift und damit den demokratischen Staat schädigt, muß nach unserer Auffassung mit rückstandsloser Strenge bestraft werden. Eine Milde der Richter solchen Schädlingen gegenüber kann gleichbedeutend sein mit einer Schädigung des neuen demokratischen Staates und seiner Träger. Es kann und darf keine Rechtsbeugung mehr geduldet werden, deshalb muß der Richter ein Schirm der Demokratie sein, deshalb muß neben der richterlichen Qualifikation verlangt werden, daß der gesamte Richterstand aus vollkommen überzeugten Demokraten besteht. Daß eine solche politische Einstellung bei der eventuellen Einsetzung eines Staatsgerichtshofes entscheidend sein muß, versteht sich am Rande.

Meine Damen und Herren! Das stärkste Augenmerk müssen wir nach unserer Meinung auf die Erziehung und Erleichterung unserer Jugend richten. Die Achtung des Menschen vor dem Menschen muß zu einem sittlichen Gebot bei der Erziehung der Kinder werden. Der Geist der Menschlichkeit, der Geist des Pazifismus muß in die Gehirne und Herzen der deutschen Jugend eingeprägt werden.

Wie auf allen Gebieten, muß gerade auf dem Gebiete der Erziehung eine sorgfältige Auswahl getroffen werden. Der Aufbau des Schulwesens muß sich von der Volksschule bis zur Technischen Hochschule und zur Universität vollziehen. Die Lehr- und Lernmittel sollen frei sein, und die Möglichkeit des Aufstiegs muß allen Begabten, ohne Rücksicht auf die Vermögens- und Einkommenslage der Eltern gegeben sein. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Das Bildungsprivileg der Besitzenden muß endgültig vorbei sein, und an seine Stelle muß das Privileg der Begabung treten. Es muß dem Arbeiterkinde, je nach seiner Begabung, genau so möglich sein, den Bildungsaufstieg mitzumachen, wie jedem Kinde, das in der glücklichen Lage ist, Eltern zu besitzen, die materiell und finanziell begünstigt sind. Sollen hat in Deutschland der Satz „Freie Bohn den Tüchtigen“ mehr Geltung gehabt als ge-

genwärtig. Tüchtig-im Wissen und Erkennen und aufrichtig im Bekenntnis zur Demokratie, das sollte die Plattform zur Erziehung der deutschen Jugend sein.

Wir müssen zu einer Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Staat und Kirche kommen.

Diese Abgrenzung muß erfolgen durch gesetzliche Bestimmungen oder durch Verträge. Die Schule muß der deutschen Jugend das geistige Rüstzeug mit auf den Weg geben, das sie benötigt, um individuell und kollektiv gesehen, das Leben meistern zu können. Diese Jugend muß ideologisch mit dem Geist der Bergpredigt und der Idee des Sozialismus vertraut gemacht werden.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten bekennen uns, wie bereits betont, grundsätzlich zur Demokratie. Darunter möchten wir jedoch nicht verstanden haben die politische Demokratie schlechthin, sondern die Anwendung demokratischer Grundsätze auf das wirtschaftliche und auf das gesamte gesellschaftliche Leben. Die Demokratie, die auch die Rechte der demokratischen Minderheiten anerkennt, baut sich auf den individuellen und kollektiven Freiheiten auf, die da sind: Redefreiheit, Pressfreiheit, Organisationsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Lehrfreiheit und dergleichen mehr. Die Geistesfreiheit ist das stärkste Fundament der Demokratie. Toleranz und Duldung sind seine wesentlichen Merkmale. (Beifall bei der SPD.)

Jedoch dürfen Toleranz und Duldung nur denen gewährt werden, die sich zur Demokratie bekennen, während der demokratische Staat mit dynamischer Wucht gegen alle die einschreiten muß, die glauben, die demokratische Freiheit dazu benutzen zu können, um gegen die Demokratie anzukämpfen. Wir können nur in der Demokratie und durch die Demokratie zu einer freien Überzeugungsbildung kommen und nur auf der Plattform der Demokratie unsere ideologischen Gegensätze austragen. Von dieser demokratischen

Plattform aus wollen wir Sozialdemokraten den Geist der Freiheit, den Geist der demokratischen Einordnung, den Geist der sozialen Gleichberechtigung, des Rechtes und der Gerechtigkeit vorantragen.

Wir sind der Meinung, daß die grob-hessische Verfassung ein Bestandteil der künftigen Verfassung Deutschlands sein soll. (Beifall bei der SPD.)

Wir sind weiter der Auffassung, daß die in den Vereinigten Nationen vertretenen Weltöffentlichkeit uns nach unseren, vom Willen der Volksmehrheit beschlossenen Verfassungswerken beurteilen wird. Deshalb sind wir uns dessen bewußt, daß die Arbeiten dieses Parlamentes nicht nur für das Schicksal Groß-Hessens entscheidend sein werden, sondern, daß sie weitgehenden Einfluß auch auf die Gestaltung des kommenden Deutschlands haben. Wir sehen uns nach der Einheit unseres deutschen Vaterlandes, und wir sehen in dem Lande Groß-Hessen ein Glied der werdenden deutschen demokratischen Republik. (Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun insbesondere noch folgendes sagen: Wir Sozialdemokraten, die wir uns, idealistisch gesehen, zur sozialistischen Weltanschauung bekennen, wissen, daß wir nur über die Demokratie zur Verwirklichung unserer Idee kommen. Wir sind der Meinung, daß im Sozialismus die höchste Wertung alles dessen begründet liegt, was Menschenanliege trägt. Nur im Sozialismus sehen wir Sozialdemokraten die starke Brücke, die zur Völkerverständigung und zum Menschheitsfrieden führt. Nur im Sozialismus sehen wir die gewaltigen geistigen und sittlichen vorwärts-

treibenden Werte der menschlichen Gesellschaft verankert. Nur im Sozialismus sehen wir Sozialdemokraten die materielle, geistige und ethische Befreiung der Menschheit verwirklicht. Wir sind der Auffassung, daß das neue Zeitalter dem Sozialismus gehört. Und es ist notwendig — mögen wir uns dagegen sträuben oder nicht —, diesen neuen Geist, dieses neue Streben und diese neue Bewegung hinauszutragen in die Herzen und die Hirne der Millionen deutscher Menschen. Wir Sozialdemokraten von Groß-Hessen tragen deshalb das Bestreben in uns, mit allen jenen am Verfassungswerk mitzuwirken, die von der neuen schöpferischen Kraft, die in der Demokratie, und im Sozialismus begründet liegt, erfüllt sind, weil wir dadurch allein in der Lage sind, unser Volk und unser Vaterland wieder aufzurichten.

Lassen Sie mich schließen, meine Damen und Herren, mit der Erkenntnis des sozialdemokratischen Parteileiters in Hannover, der zum Ausdruck brachte: „Sozialismus ist zu einer Gegenwartsaufgabe geworden.“

In diesem Sinne gehen wir Sozialdemokraten nicht nur in Groß-Hessen, sondern in ganz Deutschland an die Arbeit, auch an die Schaffung einer Verfassung für unser Land Hessen, getragen von dem Bewußtsein, daß wir damit unserem Volke und unserem Vaterland dienen und die Brücke schlagen zu den europäischen Nationen und zur Welt. Ein demokratisch, ein sozialistisch ausgerichtetes Deutschland, im Herzen Europas liegend, wird demaleinst, davon sind wir auf das tiefste überzeugt, ein wichtiger Bestandteil in dem Räte der Vereinten Nationen von Europa werden. (Lebhafter Beifall bei der SPD.)

einem der wirklich großen politischen Schriftsteller Deutschlands; bei einem Manne, der zugleich einer der Begründer der Sozialdemokratischen Partei ist, bei

Ferdinand Lassalle. In seinem Vortrage über Verfassungswesen sagt er: „Wann ist eine geschriebene Verfassung gut und dauerhaft? Wenn sie den im Lande bestehenden Machtverhältnissen entspricht.“ Sehr einfach. Wenn wir uns daran halten und nun einmal die Machtverhältnisse, wie sie augenblicklich bestehen, an unseren Augen vorüberziehen lassen, so werden wir als erstes feststellen müssen, daß wir ein besetztes Land sind und das augenblicklich die Besatzungsmacht die sichtbarste Macht bei uns ist. Es ist vorher schon die Frage aufgeworfen worden, ob es unter diesen Umständen überhaupt angebracht sei, eine Verfassung zu schaffen. Nun, meine Damen und Herren, es ist ja ganz selbstverständlich, daß die Haager Landkriegsordnung von 1907, die das Recht der Okkupationsmacht regelt, noch besteht und daß sie bestehen bleibt. Aber trotzdem: Wenn wir heute eine Verfassung beraten — und meine Fraktion ist durchaus der Meinung, daß wir eine Verfassung schaffen sollen —, dann gehen wir dabei von zweierlei aus; erstens einmal davon, daß wir in der Politik der Okkupationsmacht Amerika eine ganz bestimmte Linie feststellen können. Ich möchte weitergehen und möchte sagen: in einem der Ziele sind wir einig, nämlich darin, daß es notwendig ist, Deutschland zu einer demokratischen Gestaltung zu verhelfen und das deutsche Volk zu einer Demokratie zu erziehen. Wenn wir in diesem Ziele eingehen, so sehen wir, daß die Okkupationsmacht schrittweise vorgegangen ist — denn sie fand ja ein Nichts vor —, von der Gemeinde zum Kreise, vom Kreis zu dem größeren Gebilde eines Regierungsbezirks und dann zur Schaffung dieses neuen Landes Groß-Hessen. Und ich glaube, es ist nicht unnötig, daß sie so vorgegangen ist. Jedemal, wenn sie einen weiteren Schritt tat, gab es eines: eine neue Möglichkeit, Kompetenzen zu klären, und, meine Damen und Herren, es scheint uns wichtig zu sein, daß auch durch die Verfassung, die wir jetzt beraten, Kompetenzen geklärt werden können, und zwar geklärt werden können auch wieder in der Richtung der Entwick-

lung, die dahin geht, daß wir Deutschen immer mehr selber verantwortlich sein sollen für unsere Geschichte. Das heißt also, daß nach wie vor natürlich die Besatzungsmacht die Möglichkeit hat, zu sagen: dieses oder jenes wollen wir nicht, denn das ist ihr Recht; daß aber wir bestimmen, was wir wollen, daß also die Besatzungsmacht nur die negative Möglichkeit, nicht aber die positive Möglichkeit hat, von sich aus aktiv zu ordnen und einzugreifen, zum Beispiel bei der Besetzung von Ämtern und ähnlichen Dingen mehr.

Es heißt vor allem, daß an die Stelle der Regierung, die wir jetzt haben, dann eine uns, dem Landtag, verantwortliche Regierung treten werde, und ich möchte da gleich die Bemerkung anschließen, meine Damen und Herren, daß meine Fraktion es für richtig hielt, wenn die jetzige Regierung, die ja unter dem parlamentarischen Aspekt mehr eine geschäftsführende Regierung ist, all das, was nicht dringend notwendig ist, vor allen Dingen die innere Ordnung unseres Landes, ausschöße, bis die Verfassung wirklich unter Dach ist. (Allgemeine Zustimmung.)

Denn eines möchten wir recht deutlich aussprechen, daß innerhalb dieser Regierung an einigen Stellen Tendenzen vorhanden sind, die nicht unsere Tendenzen sind; zum Beispiel eine Tendenz zum Zentralismus, bei der vielleicht das napoleonische und das Rheinbund-Vorbild Gewalt erstanden hat, das wir aber ablehnen; denn wir sind zusammengewachsen aus drei verschiedenen Gebieten. Ich sage das nicht als der Historiker, der ich bin, sondern sage es durchaus als Politiker. Man kann das nicht in einen Topf werfen und versuchen, eine Mixtur zu rühren (Sehr richtig, bei der SPD), denn man muß die Verhältnisse sehen, wie sie geworden sind. Jaglicher unnötiger Zentralismus, sei es im großen oder kleinen, ist ein ungeheurer Fehler, weil er Leben tötet, statt Leben zu wecken. (Lebhafter Beifall.)

Dies vorab, meine Damen und Herren. Wenn wir uns nun weiter ansehen: Welche

REDE DES VORSITZENDEN DES VERFASSUNGSAUSSCHUSSES, PROF. DR. LUDWIG BERGSTRÄSSER (SPD)

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns einen Leitspruch wählen wollen für die bedeutsame Arbeit, vor der wir stehen, dann würden wir ihn vielleicht finden bei

Macht ist das, so kommen wir darauf, daß eine Macht da ist, die augenblicklich völlig unsichtbar ist und doch besteht, denn wir fassen den Ausdruck „Macht“ ja nicht nach äußerlichen, sondern nach inneren Begriffen. Diese Macht, meine Damen und Herren, ist die Macht der deutschen Einheit, die für uns nicht nur eine Sache ist, sagen wir einmal des Gefühls, sondern die, Sie werden alle mit mir übereinstimmen, ist eine Sache der Wirklichkeit, der wirtschaftlichen Notwendigkeit — und ich gehe einen Schritt weiter, es ist auch das schon gesagt worden —, der politischen Notwendigkeit des Friedens in Europa und der Welt. (Sehr gut, bei der SPD.)

Wenn wir dies sagen, so sind wir bei dem Problem: Wie soll unsere Verfassung diese geistige Macht der deutschen Einheit anerkennen, wie soll sie sich zu ihr verhalten? Es ist schon gestern einiges darüber gesagt worden, es ist gesprochen worden von föderativer Gestaltung. All diese Worte sind doch in gewisser Beziehung Schall und Rauch, wenn man sie nicht mit einem Inhalt erfüllt. Und ich muß sagen, nachdem ich die Rede von Herrn Dr. Köhler gehört hatte, hatte ich einige Bedenken. Aber dann hat Herr Dr. Köhler zu einer Ausführung des Kollegen Bauer genickt, und ich nahm von diesem Nicken an: Dieses Nicken bestand darin, daß er den Satz billigte, den Herr Bauer aussprach: Reichsrecht bricht Landesrecht. (CDU: Selbstverständlich! Kein Zweifel!)

Das bedeutet also juristisch die Kompetenzkompetenz, und damit, meine Damen und Herren, scheinen wir auf einer Grundlage zu sein, die uns gemeinsam ist. Das Problem ist ja dieses: Die Neuordnung Deutschlands wird sich vollziehen in einer Föderation, aber das wesentlich Neue ist, daß diese Föderation nicht eine Societas Leonina ist, in der der Preussische Adler die übrigen Länder überschattet, sondern wir werden jetzt eine Vereinigung möglichst gleichmäÙiger Länder sein. Ich sage ausdrücklich „Länder“, weil unserer Auffassung nach in der deutschen Sprache der

Begriff „Staat“ sich nicht deckt mit dem Begriff „Land“. Denn der Begriff „Staat“ bedeutet eine Vollsoveränität, und der Begriff „Land“ bedeutet eine Teilsouveränität, eine eingeordnete Souveränität. GleichmäÙige Länder also, wobei wir hoffen wollen, daß nicht der bayrische Löwe nun den Versuch machen möchte, seinerseits die Führung in einer neuen Societas Leonina zu übernehmen. (Zuruf des Abg. Knothe: An die Stelle Preußens zu treten!)

Wenn wir so die Verfassung, die wir machen sollen, auch in das Verhältnis Reich, oder sagen wir: zukünftiges Deutschland oder deutsche Republik und einzelne Länder einordnen, wie das Herr Dr. Köhler gesagt hat, so möchte ich eine Bemerkung machen: Herr Dr. Köhler erwähnte einen Staatspräsidenten. Ich möchte bemerken, wenn wir einen blauweiß angestrichenen Staatspräsidenten haben, und vielleicht einen schwarzroten, und einen grüngelben oder was weiß ich: jeder Staatspräsident wäre psychologisch gesehen ein Hemmnis für die Einheit (sehr wahr! bei der SPD) — wäre ein Hemmnis für die notwendige Einheit. Es gibt in jeder Behörde — wir wissen das ja — nicht nur in einer bürokratischen, sondern auch in jeder anderen — einen Drang nach Macht und das Beharren in der Macht. Herr Dr. Köhler hat schöne Worte gefunden über das Verhängnisvolle der Macht, und auch Macht eines Staatspräsidenten kann von diesem Gesichtspunkt aus verhängnisvoll werden.

Und nun komme ich mit einem kleinen Sprung zu dem Zweiten, was Herr Dr. Köhler gesagt hat, nämlich zu der Zweiten Kammer, oder sagen wir zu der Ersten Kammer. Nun, auch da möchte ich mit dem Abgeordneten Bauer sagen, für das Reich, für das Deutschland der Zukunft ist für uns eine derartige Erste Kammer als Vertretung des deutschen Länderwesens eine Selbstverständlichkeit, ich möchte sagen: Eine Notwendigkeit. Aber für Hessen nun eine solche Kammer einzuführen, das erscheint uns denn doch nicht ganz das Richtige. Wir haben ja zwei Vorschläge bekommen:

beide Vorschläge gehen aus auf ein ständisches Prinzip. Was ist das? Das ständische Prinzip ist 150 Jahre lang benutzt worden, um das Verfassungswesen in Deutschland zu diskreditieren. (Allgemeines: Sehr richtig!) Es stammt von Herrn Adam Müller unseeligen Angedenkens und ist dann immer von reaktionären Kreisen weiterentwickelt worden. Ich möchte nicht sagen, daß Sie (zur CDU) nun reaktionär seien, weil Sie diesen Gedanken heute aufnehmen, beileibe nicht, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß man bei den Vorarbeiten zur Reform des preussischen Wahlrechts während des ersten Weltkrieges auch das ständische System erwog. Es haben sich dabei die Akten im Ministerium des Inneren gehäuft und gelüftet, und schließlich hat der damalige preussische Innenminister von Loebell in einer Denkschrift doch feststellen müssen: Es geht nicht, weil es kein Prinzip der Gerechtigkeit gibt, unter dem man eine ständische Kammer zusammensetzen kann.

Nach etwas Anderes. Wenn Sie eine solche Kammer nach wirtschaftlichen Gründen zusammensetzen wollen, kommen wir auf ein sehr schweres und bedeutsames Problem, das nämlich: Wie verhält sich das zur Politik? Ich denke dabei an die Jahre 1919 bis 1926, wo Stinnes eine Arbeitsgemeinschaft gegründet hat, von der man jetzt wieder hört, und wo derselbe Stinnes die Politik der Regierung, das heißt die Politik gegenüber den Siegermächten nicht nur diskreditiert, sondern zerschlagen hat aus wirtschaftlichen Gründen, weil er oben ein Wirtschaftsinteressent, aber nicht ein Sachverständiger war. (Sehr gut, bei der SPD.)

Es besteht ein großer Unterschied zwischen Sachverständigen und Interessenvetrem, ich möchte als typisches Beispiel den Lord Keynes anführen: das war ein Sachverständiger, aber die Sachverständigen, die wir früher gehabt haben — ich habe eine Reihe von ihnen gekannt —, waren eigentlich immer Interessenvetrem: und sie haben gemeint, wenn ihre Inter-

essen wirksam vertreten werden, dann geht die Welt glänzend weiter. Wir sind nicht dieser Meinung. Es gibt einen Unterschied zwischen dem Politischen, dem, was das Mögliche ist, und dem Wirtschaftlichen, das immer ein besonderes eigenes Ziel mit Recht erstrebt, aber das sich oft nicht einordnet in das Allgemeine. Es ist nicht so, daß eine gute Wirtschaft eine gute Politik verbürgt, meine Damen und Herren, im Gegenteil, eine erfolgreiche Politik ermöglicht erst eine richtige Wirtschaft. Wir halten fest an der Suprematie der Politik über die Wirtschaft. Deswegen können wir diesem ständischen Prinzip nicht folgen, und wenn Sie nun etwa gar einen Kulturrat wollen, nun, in diesem Kulturrat sehe ich einzeln alle möglichen Leute, und die wollen über Politik bestimmen, ich sehe Professoren in ihren Talaren. Ich kenne die Professoren, und ich halte von der Politik der Professoren generell nicht übermäßig viel. (Heiterkeit und sehr gut! bei der SPD, Zuruf des Abg. Dr. Köhler: Die Ausnahmen bestätigen die Regel.)

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie nun diese zweite Kammer nach einem anderen Prinzip aufbauen wollen, nämlich nach Wahlen, wie etwa der französische Senat es gewesen ist, der aus den Generalständen erwuchs, nehmen wir an, wir machen es so, wir legen die 64 Kreise und Städte zusammen und schaffen die Möglichkeit, ob dann ein solches Gremium ein anderes Bild zeigen wird als dieses Gremium hier? Ich glaube es nicht. Deshalb halte ich auch diese Basis für eine solche Erste Kammer nicht für das Richtige. Sie können natürlich einen anderen Vorschlag machen, aber der wirkt lächerlich, wenn man ihn durchdenkt. Wir haben drei Regierungsbezirke, und jeder Regierungsbezirk schickt ein paar Leute in einen solchen Senat. Nun, meine Damen und Herren, diese zweite Kammer also scheint mir eine Theorie, ich möchte fast sagen, eine Liebhäberei zu sein, und zwar eine Liebhäberei, ausgehend von einem gewissen Mißtrauen gegen das Parlament. (Sehr gut! bei der SPD.)

Wenn Sie solches Mißtrauen gegen das Parlament haben, dann sagen Sie doch offen: Wir wollen kein Parlament, dann ist das eine klare Stellungnahme. (Sehr richtig bei der SPD.)

Herr Dr. Köhler hat von den Sachverständigen gesprochen, die nicht im Parlament seien. Wenn wir nun einen Wirtschaftsrat hätten, und dieser Wirtschaftsrat wäre eine erste Kammer, dann würde uns dieser Wirtschaftsrat mit Denkschriften bombardieren mit einer Fruchtbarkeit, wie sie in solchen Dingen in Deutschland leider üblich ist. Und wenn wir dann nicht schlucken würden, was dieser Rat uns vorlegt, dann würde es im Lande heißen, die Politiker sind dumm, sie verstehen nichts davon, sonst hätten sie das alles geschluckt. Man beachtet dabei nicht, daß ein Politiker andere Aufgaben hat, daß er das politisch Mögliche beachten muß, und das ist heute auch schon mit etwas Außenpolitisches, das heißt, das Verhältnis zu den anderen Ländern unserer Zone. Wir werden bald ein engeres Verhältnis zu mehreren Zonen bekommen, und es wird auch wieder zu größeren Gebilden in Deutschland kommen, und dann wäre der Wirtschaftsrat ein Klumpen, den wir mit uns herumerschleppen müßten, und dies würde die Autorität des Parlaments und der Staatsregierung erschüttern. Wir sind durchaus der Meinung, daß es notwendig ist, daß regiert werden muß, und das konstitutionelle Prinzip, auf das angespielt wurde — das konstitutionelle Prinzip war der Versuch einer innerpolitischen Balance.

Das ist ein Kunstprodukt, nichts anderes; ein Übergangsprodukt, nichts anderes, der Versuch, einen Staat so zu organisieren, daß man zwei Lokomotiven gegeneinander fahren läßt, ohne daß man die Garantie hat, daß sie kurz voreinander stehen bleiben, ich warne! (Zuruf von der CDU: Zentralismus.)

Selbstverwaltung! Das ist etwas anderes. Wir wollen nicht Zentralismus, ich sage es schon; aber wir wollen auch nicht eine Stakowaschinerie, die durch eine Unzahl von Röhren übersetzt ist.

Ich komme zu etwas Neuem; ich komme dazu, einmal kurz die innerpolitischen Machtverhältnisse zu überprüfen. Und wenn ich dazu etwas sagen kann, so ist das dies: Es ist nicht das erstemal, daß der Sozialismus eine Macht geworden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Und ich sage Ihnen: Unsere Verfassung wird eine sozialistische sein oder sie wird nicht sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube sogar, daß wir im Grundsatz, wenn ich das ausspreche, gar nicht weit voneinander entfernt sind. Der Herr Kollege Dr. Köhler hat davon gesprochen, daß bestimmte Wirtschaftszweige sozialisiert werden müssen, und ich habe in den ausgezeichneten Frankfurter Heften einen Aufsatz von Knappstein gefunden, einen Aufsatz, von dem ich und von dem alle Mitglieder meiner Fraktion, die ihn gelesen haben, ich kann wohl sagen, mit Freude Kenntnis genommen haben, einen Aufsatz, in dem gesagt worden ist, was eigentlich das Wichtigste des Sozialismus heute sei.

Meine Damen und Herren, das Wichtigste ist nicht nur, daß die großen Wirtschaftsmächte der Möglichkeit entkleidet werden müssen, daß sie in die Politik unberechtigter Weise eingreifen; das ist für uns alle eine Selbstverständlichkeit. Die Hugenberg, Kirdorff und wie sie alle heißen, die Hiller das Geld gaben, sie schrecken uns heute schon wieder. Aber es ist nicht nur dies, sondern es ist noch etwas anderes, daß die große Masse der arbeitenden Menschen, der besitzlosen Menschen — und die Zahl dieser Menschen ist ja durch die revolutionäre Umschichtung der letzten dreißig Jahre ungeheuer gewachsen — es einfach nicht mehr versteht, daß sie für den Profit einzeln arbeiten soll. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Sondern sie wollen ihren vollen Anteil haben, ihr Mitbestimmungsrecht. Knappstein sagt, es sei notwendig, daß die Arbeitenden ein Mitverfügungsrecht erhalten über das Kapital, von dem ihre wirtschaft-

liche Existenz abhängt. Das ist eine gute Formulierung und eine richtige Formulierung; es ist die Formulierung aus dem Geist eines wirklichen Sozialismus. Dies wollen wir: das Mitbestimmungsrecht; aber nicht ein Mitbestimmungsrecht, das nur ein Schein und eine Attrappe ist, sondern ein wirkliches, ein tatsächliches Mitbestimmungsrecht der Arbeitenden in den Betrieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was das Maß der Sozialisierung anlangt, so sind wir da vielleicht ein wenig verschiedener Meinung. Wir würden meinen, daß auch das Gesundheitswesen sozialisiert werden müsse, weil wir nicht verstehen können, daß an der Not der Menschen einzelne sich bereichern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Sei es nun ein Kassenlöwe oder eine pharmazeutische Fabrik. Auch die chemischen Werke scheinen uns reif zu sein für eine Sozialisierung. Dabei möchte ich gleich eine Bemerkung machen: Sozialisierung heißt für uns nicht Staatskapitalismus. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Denn vor einem Staatskapitalismus, meine Damen und Herren, haben wir eine gewisse Scheu (sehr gut! bei den Sozialdemokraten); nicht nur wegen der Bürokratisierung, sondern auch aus einem anderen Grunde. Wir haben zwölf Jahre der Diktatur hinter uns, und wir wollen nie wieder eine Diktatur (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), weil eine Diktatur absolut unmoralisch ist, weil sie den Menschen durch äußeren Zwang moralisch vernichtet. Und wenn der Staat neben der politischen Macht auch noch die wirtschaftliche Macht anhäuft, dann wissen wir nicht, ob er nicht irgendwann einmal die Möglichkeit wahrnimmt, durch ein anderes System tatsächlich wieder eine Diktatur aufzurichten. Das lehnen wir ab. Es müssen andere Formen gefunden werden. Ich sage noch einmal: für uns ist entscheidend wichtig, daß verhindert wird, daß wenige Besitzer große Gewinne machen, die wir als unmoralisch empfinden in dieser Zeit.

Ich möchte noch kurz auf einiges andere zu sprechen kommen. Es ist von meinen Herren Vorrednern gesprochen worden auch über das Verhältnis von Kirche und Schule. Ich will mit der Schule beginnen. Der Herr Kollege Dr. Köhler hat gefordert auf dem Recht der Erziehungsberechtigten. Meine Damen und Herren, dieses Recht findet seine Grenze an dem Recht des Staates. (Widerspruch bei der CDU.)

Auch hier wollen wir ausgehen von der Wirklichkeit, und diese Wirklichkeit für uns in Deutschland heißt, daß wir ein konfessionell getrenntes Volk sind. Ein solches konfessionell getrenntes Volk, meine Damen und Herren, muß von Jugend an das Allerwichtigste lernen — es ist eine der Grundlagen einer jeden Demokratie — die Toleranz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Deswegen, meine Damen und Herren, wollen wir und verlangen wir die Simulationschule, die eingebaut schon lange in die Tradition dieses Landes ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist etwas, meine Damen und Herren, von dem meine Fraktion bei der zukünftigen Gestaltung der Verfassung unseres Landes nicht abgehen möchte.

Im übrigen wollen wir — ich habe das Wort Duldsamkeit nicht umsonst gebraucht — duldsam sein. Über den Religionsunterricht sollen die Erziehungsberechtigten allein bestimmen; allerdings, wenn Erziehungsberechtigte nicht wünschen, daß ihre Kinder den Religionsunterricht besuchen, so ist das ihre Sache; einen Zwang wollen wir auch in dieser Beziehung nicht ausüben. (Zurufe der CDU: Wir auch nicht.)

Es freut mich, wenn Sie das sagen. Es hat Zeiten gegeben, da manche Leute über diese Dinge anders gedacht haben. Auch hier sehen wir ja Entwicklungsmöglichkeiten. (Abg. Dr. Köhler: Eine Vereinbarung ist das noch nicht, Herr Professor, Heiligkeit.)

Eine Vereinbarung ist es noch nicht, aber immerhin! Es ist, sagen wir einmal,

eine Stimme. (Zuruf von den Sozialdemokraten: In der Wüste! — Heiterkeit.)

Das möchte ich nicht sagen. Ich glaube, die andere Seite könnte dieses Wort von der Wüste wüst finden, und das möchte ich vermeiden. Das wäre also die Simultanschule. Im übrigen ist gesprochen worden von dem Umbau des Schulwesens. Ein Wort dazu. Es ist notwendig, daß den wirklich Gebildeten die Hochschulen zugänglich gemacht werden, und es ist notwendig vor allen Dingen auch, daß den Dummköpfen der Zugang zur Hochschule verschlossen wird. (Lebhaftes sehr richtig!)

Ich kann über diese Dinge aus meinen persönlichen Erfahrungen einiges sagen. Ich glaube, indem ich dieses eine Wort gebrauchte, bedarf es nicht weiterer Worte. Wir brauchen eine andere Auslese auf den höheren Schulen. Sie kann vielleicht geschaffen werden dadurch, daß man ein anderes System des Abiturs einführt, etwa in der Weise, daß nicht mehr die einzelnen Lehranstalt den Abiturienten die Aufgaben stellt, die dann alle wohl vorbereitet sind, sondern daß die Aufgaben zentral gestellt werden und daß die Arbeiten nicht korrigiert werden von der Lehranstalt, die der Schüler besucht, sondern von einer anderen Anstalt. Das wäre dann schon ein Stück Auslese.

Eines müssen wir feststellen: das Niveau der höheren Schulen ist in den letzten achtzig Jahren sehr gesunken, und das ist nicht fragbar. Die Öffnung der höheren Schulen für andere — man macht jetzt allerlei Versuche in dieser Beziehung. Auch wir wollen, daß in dieser Beziehung etwas geschieht, aber wir sind der Meinung, daß das nicht verbunden werden darf mit einer Senkung des Niveaus. Das geht nicht. (Zuruf von der CDU: Ausgezeichnet!)

Wir brauchen die Auslese der geistigen Leistung; wir brauchen diese Auslese gerade deswegen, weil wir sie in den letzten Jahren nicht gehabt haben. Wir brauchen sie deshalb, weil auf der geistigen Arbeit die Zukunft Deutschlands beruht.

Und nun zur vierten Frage. Meine Damen und Herren, es ist hier gesprochen worden von der Verbindung zwischen Staat und Kirche, von der einen Seite, und es ist von der anderen Seite gesprochen worden von der Trennung von Staat und Kirche. Das Wort von der Trennung von Staat und Kirche — um damit zu beginnen — hat einen unterschiedlichen Charakter, läßt verschiedene Spielarten zu. Es gibt eine Trennung von Staat und Kirche, wie sie Aristide Briand im Jahre 1905 in Frankreich durchgeführt hat. Diese Trennung von Staat und Kirche — darüber sind wir uns alle einig — ist schikanös. Eine derartige Trennung von Staat und Kirche würden auch wir ablehnen. Aber es gibt auch etwas anderes. Wenn von mancher Seite die enge Verbindung von Staat und Kirche verlangt und gefordert wird — ich verstand Herrn Köhler so —, so möchte dagegen doch mancherlei zu sagen sein. Sehen Sie, die lebendige Kirche und der lebendige Einfluß der Kirche auf das öffentliche Leben ist da am stärksten, wo die Verbindung der Kirche mit dem Staat am schlechtesten ist. Denken Sie daran, daß es in England gerade die Kirche, die nicht mit dem Staat verbunden war, gewesen ist, die die großen sozialen Reformen gefördert, die Sklaverei bekämpft hat und ähnliches mehr, während die High-Church da saß und wartete. Und denken Sie daran, daß an der Tatsache, daß die evangelische Kirche in Deutschland zeitweise sehr stark die Verbindung mit den breiten Massen der Bevölkerung verloren hatte, mit schuld gewesen ist der Umstand, daß die evangelische Kirche immer wieder sich abhängig fühlte vom Staate. Danken Sie an eine Persönlichkeit, die ich zitiere, weil ihre eine Seite ehrlich und bedeutend gewesen ist, an Stöcker, ich zitiere den Sozialpolitiker Stöcker. Er war nicht von unserer Art, nicht von unserer Richtung. Aber, daß er es ehrlich meinte, ist gewiß. Und was für einen Dank hat er geerntet! Den Dank, daß seine Kirche ihn schlecht behandelt hat. Meine Damen und Herren, es ist nicht alles Gold, was glänzt. Und

die Verbindung zwischen der geistig moralischen Macht und der äußeren Macht des Staates — ich glaube nicht, daß sie für die Religion von Vorteil ist. Und ich weiß, daß gerade die religiösen Sozialisten in unserer Fraktion nicht nur, sondern auch in unserer Partei auf das stärkste den Grundsatz betonen: Wir wollen die Trennung von Staat und Kirche im Interesse der Religion. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch in weiten evangelischen Kreisen — ich habe einige Gefühlung zu der bekennenden Kirche — wird dieser Grundsatz heute nicht mehr als etwas betrachtet, das man strikt ablehnt.

Das, worauf es uns ankommt, sind nicht die Worte Trennung von Staat und Kirche, sondern es ist der Inhalt dieser Worte. Wir glauben, daß es nützlich wäre, die Bereiche des Staates und der Kirche gegeneinander abzugrenzen im Interesse beider.

Und ich meine: Wenn wir uns über diese Dinge im Verfassungsausschuß unterhalten und dabei nicht ausgehen von einem schematischen Begriff, den ich ablehne, sondern wenn wir ausgehen von den einzelnen Wirklichkeiten, dann können wir sehr wohl dazu kommen, daß wir uns verstehen, und es können dann aus diesem Verständnis auch Formeln und Formulierungen erwachsen, die uns dann nicht mehr soweit voneinander scheinen lassen als bisher.

Ich glaube überhaupt, meine Damen und Herren, eine erste Lesung gibt die Gelegenheit, seine Prinzipia zu stipulieren, und die zweite Lesung bietet schon die Möglichkeit, den Realitäten näher zu kommen; die dritte Lesung erbringt ja dann die Realität.

So sehe ich diese erste Diskussion an, meine Damen und Herren.

Nun möchte ich noch eine Bemerkung machen, sagen wir einmal — ich will dieses Wort benutzen — parteilaktischer Natur.

Es ist gesprochen worden von den möglichen Kombinationen. Nun, meine Damen und Herren, wir, die sozialdemokratische Fraktion, sind in der angenehmen Lage, daß wir mit jeder anderen Fraktion eine Mehrheit bilden können, theoretisch.

Auch wenn wir mit der liberalen Fraktion zusammengingen, hätten wir eine Mehrheit. Aber diese Möglichkeit wird sich ja aus unseren Beratungen ergeben.

Der Abgeordnete Bauer hat, indem er von der Einheit sprach, die Bemerkung gemacht, daß die Verfassung, die wir hier geben, der Einheit Deutschlands widerspreche oder widersprechen könnte. Er hat sich sehr vorsichtig und sehr klug ausgedrückt; ich sehe hinter der Vorsicht und der Klugheit eine bewußte Haltung. (Sehr gut! und Heiterkeit bei der CDU.) — und ich möchte denn doch einen Sprung machen nach Würzburg, wo der Redner seiner Fraktion sich etwas anders ausgedrückt hat und weil ich annehme, daß die Redner der verschiedenen kommunistischen Fraktionen in einer Linie gehen, denn einen gewissen Zentralismus, das werden Sie mir zugestehen, muß man in der KPD wahrnehmen, wenn man die Dinge betrachtet (Zuruf des Abg. Bauer: Sogar in der SPD) — ohne jeden Zentralismus geht es nirgends. Nun, Herr Bauer, dann möchte ich denn doch bei dieser Gelegenheit einmal die politische Grenzfrage an Sie richten, die Frage: Wie halten Sie es eigentlich mit der Verfassung; wollen Sie wirklich eine Verfassung, sind Sie nicht nur bereit mitzuarbeiten bei den Vorbereitungen? Und ich muß gesehen, nachdem wir im Ausschuß so gut zusammen gearbeitet haben, würde ich mich freuen, auch weiterhin mit Ihnen zusammen zu sein —, sondern darüber hinaus die Grenzfrage: Wollen Sie für eine Verfassung stimmen? Vorausgesetzt natürlich, daß sie Ihnen paßt, oder lehnen Sie das Stimmens für eine Verfassung aus allgemeinen Einheitsgrundsätzen ab. Es wäre ganz interessant, darüber etwas zu wissen.

Dann noch etwas: der Abgeordnete Dr. Köhler hat gesagt, daß, wenn diese Verfassung nicht auf einer breiten Grundlage zustande käme, ja die Möglichkeit bestünde, daß seine Fraktion bei dem Referendum ihren Verfassungsvorschlag unterbreiten werde. Meine Damen und Herren! Ich halte diese staatsrechtliche Konstruktion von Herrn Dr. Köhler für falsch. Es ist nicht möglich, daß jede Fraktion einen Verfassungsentwurf zum Referendum stellt. Denken Sie sich doch einmal, Herr Dr. Köhler kommt mit seinem, die Sozialdemokratische Partei hat ja schließlich auch einen Entwurf in der Rocktasche, dann kommen die Liberal-Demokratische und die Kommunistische Partei auch. Dann haben wir vier verschiedene Verfassungsvorschläge, und dann bekommen zwei Verfassungsvorschläge mehr Stimmen als die anderen. Soll dann zwischen diesen beiden Verfassungsvorschlägen eine Stichwahl stattfinden? Wie denken Sie sich dies? Abgesehen davon widerspricht es allem, was bei solchen Versammlungen Brauch ist. Es ist nämlich Brauch, daß die Versammlung einen Verfassungsentwurf anfertigt, diesen Verfassungsentwurf unterbreitet, und keinen anderen. So steht es auch, wenn ich mich erinnere, in den Direktiven, die die Militärregierung erlassen hat. Also das scheint mir nicht das Richtige zu sein, Herr Dr. Köhler. (Zuruf des Abg. Dr. Köhler: Abwarten!)

Abwarten müssen wir in diesen Dingen, und dann wäre die andere große Frage: Wie soll man bei dieser ganzen Verfassungsarbeit prozedieren?

Meine Damen und Herren! Wir sind immer eine Partei gewesen, die in den Verfassungen einen besonderen Sinn gesehen hat (Lebhafte Zustimmung bei der SPD) — das heißt, wir sind uns immer darüber klar gewesen, daß es nicht anging, eine Verfassung mit anderen Gesetzen gleichzustellen. Sie steht über den anderen Gesetzen (Sehr richtig! bei der CDU) — und wenn der Abgeordnete Bauer von den Grundrechten spricht und sagt,

man müsse mit diesen Grundrechten vor die Gerichte gehen können, so stimmen wir dem vollkommen zu. Wir wollen versuchen, die Grundrechte so zu formulieren, daß sie justizierbar werden, und weil wir das Verfassungsgesetz für etwas Besonderes halten, auch dieses Verfassungsgesetz für das kleine Land Hessen, deswegen glauben wir, daß es wohl gut wäre, wenn diese Verfassung von einer möglichst breiten Masse der Bevölkerung angenommen wird, und wir sind durchaus bereit, in dieser Richtung mitzuwirken, unter dem Vorbehalt natürlich, daß in gewissen Dingen, die bei uns von besonderer Wichtigkeit sind, wir zu einer wirklich konstruktiven Einheit kommen. Ich glaube, das sage ich zu können: Wir sind mit etwas weniger Erwartung in bezug auf die Aufgeschlossenheit mancher Mitglieder dieser hohen Versammlung bezüglich Sozialisierung hithergekommen.

Es hat heute den Anschein, als könnten wir uns in diesen Dingen näherkommen. Wir begrüßen das herzlich. Wir möchten aber auch in anderen Dingen durchaus zusammenarbeiten, und wir hoffen, daß in der nächsten Zeit eine derartige loyale Zusammenarbeit möglich sein wird. Wir gehen dabei von zweierlei aus. Einmal davon, daß ja das parlamentarische System nicht nur auf den Formeln einer Verfassung beruht, sondern auf der Gesinnung der Menschen (Sehr gut! bei der CDU) und diese Gesinnung der Menschen — wir haben leider dafür in Deutschland kein gutes Wort, wir müssen schon das englische gebrauchen — diese Gesinnung ist bedingt durch fairness. Wir sind bereit fair zu sein, wir erwarten, daß Sie es auch sind, dann werden wir geseitlich arbeiten können. Wir wollen daran denken, daß dieser erste Schritt, den wir nun tun, ein Schritt sein soll und sein wird nicht für uns in Hessen, sondern weit darüber hinaus. Deswegen wollen wir an dieser Verfassung arbeiten, deshalb halten wir es für richtig, auch jetzt in der Zeit der Okkupation Arbeit zu tun, denn wir wollen unsere politische Visitenkarte abgeben und mithin, auch über das

Meer, und diese Visitenkarte wird um so besser sein, je mehr wir ernsthaft zusammenarbeiten, aber zusammenarbeiten, indem wir uns jederzeit Rechenschaft abgeben über den ungeheuren Einschnitt, der seit 1914 in die deutsche Geschichte gemacht wird, ein Einschnitt wirtschaftlicher

Art, der gewißlich revolutionär ist. Wir sind uns gewiß, daß die Grundlage jedes sittlichen Menschen — ich belone den Ausdruck „sittlichen Menschen“ — Freiheit ist, die äußere Freiheit, die allein die innere Freiheit möglich macht (Lebhafte Beifall der CDU und SPD).

REDE DES ABG. STOCK, VORSITZENDER DES SOZIALPOLITISCHEN AUSSCHUSSES

Meine Damen und Herren!

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den sehr umfangreichen Stoff, der auf dem Arbeitsgebiete des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt vorliegt, in zwei Tagen in drei Sitzungen erledigt. Eine Reihe von Petitionen befinden sich noch in der Bearbeitung; andere, die besonders dringlich waren, haben wir herausgegriffen und sie gleich mit erledigt. Soweit das geschehen ist, werde ich über sie mitberichten.

Zunächst das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt als solches. Wir haben den Herrn Minister gebeten, uns einen Bericht zu erstatten über die sozialpolitische Lage im allgemeinen, über das Arbeits- und Tarifrecht, über die Arbeitsverwaltung, über die Sozialversicherung, über die öffentliche Fürsorge, die Jugendfürsorge, die Flüchtlingsfürsorge, über das Wohnungs- und Siedlungswesen, kurzum über alle Fragen, die jetzt im Vordergrund des Interesses stehen und die einer planmäßigen Bearbeitung bedürfen. Es kamen hinzu alle Fragen der Kriegsverwundeten und der Kriegsgefangenen, die Fragen des Lohn- und Steuerrechts usw.

Wir haben aus dem Munde des Herrn Ministers gehört, daß das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt noch keine bleibende Stätte gefunden hat, daß es in einer Notunterkunft seine Arbeiten erledigen muß, daß von den 104 Planstellen bis jetzt nur 71 besetzt sind, daß also die Raum- und die Personalfrage noch nicht gelöst ist.

Ich stelle das an die Spitze meiner Ausführungen aus einem ganz bestimmten

Grunde; die Arbeitsministerien sind die jüngsten, die im Reich und in den Ländern gebildet wurden. Die übrigen Ministerien, die Ministerien des Innern, der Justiz usw. sind schon seit langem fest verwurzelt. Die Arbeitsministerien sind, namentlich in den Ländern, früher immer als Stiefkinder behandelt worden. Man hat gerne die Auffassung vertreten, daß sie nicht so unbedingt notwendig seien usw. Wenn ich das besonders hervorhebe und wenn ich die Tribüne des Parlaments dazu benutze, um die Tätigkeit des „Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt“ besonders hervorzuheben, so tue ich das deswegen, weil wir die Auffassung vertreten, daß alle die Belange, die dieses Ministerium angehen, in Zukunft in den Vordergrund gestellt werden müssen. Bei der großen Bedeutung, die den Arbeiten des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt zukommt, legt der Ausschuss besonderen Wert darauf, daß auch im Plenum unterstrichen wird, welche wichtige Rolle in unserem Wirtschaftsleben die sozialen Fragen spielen und daß die Bedeutung dieser Fragen vom gesamten Hause anerkannt werden.

Über den Stand der Arbeiten im Arbeitsministerium hat der Herr Minister selbst berichtet. Zunächst ein paar Worte zu der Arbeitsmarktlage.

Der Stand der Beschäftigten im Lande Groß-Hessen betrug am 3. 9. 1946 959 858 bei einer Bevölkerungszahl von nahezu 4 Millionen. Es stand also der vierte Teil der Einwohner des Landes Groß-Hessen als Lohn- und Gehaltsempfänger in einem Be-

schäftungsverhältnis. Die Zahl der Arbeitslosen betrug an dem genannten Stichtage 80 838. Dabei ist die Feststellung interessant, daß von den Ostflüchtlingsen, die im Lande Hessen untergebracht worden sind, bereits 43 400 in den Produktionsprozeß eingegliedert wurden. Durch die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat eine umfassende Umschulung der Arbeitskräfte stattfinden müssen. Es befinden sich zur Zeit 1453 Arbeitnehmer in der Umschulung. (Zurufe von der CDU: Zu wenig!)

Die Frage der Wiederbelebung der Arbeitslosenunterstützung wird zur Zeit vom Länderrat geprüft. Nach den Informationen, die ich besitze, kann angenommen werden, daß der Länderrat schon in den nächsten Tagen diese Frage zum Abschluß bringen wird. Zur Zeit sind die Konten der Arbeitslosenversicherung durch die Militärregierung noch gesperrt. In welchem Umfang die Arbeitslosenversicherung wieder in Kraft gesetzt werden kann, das ist eine Frage, die beraten werden muß. Wir sind der Auffassung, daß die in Not geratenen Opfer nicht vergessen werden dürfen. Andererseits werden wir aber auch darauf sehen müssen, daß die vorhandenen Arbeitskräfte weitestgehend in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Der einzelne kann nicht immer darauf bestehen, daß ihm eine Beschäftigung zugewiesen wird in dem Berufe, den er erlernt hat. Diese Frage wird aber immer individuell geprüft und behandelt werden müssen. Wir werden in aller Kürze dazu kommen, daß denen, die arbeitslos geworden sind, wieder eine Unterstützung auf gesetzlicher Grundlage gezahlt wird.

In diesem Zusammenhang darf ich auf das Arbeitsverpflichtungsgesetz hinweisen, das vom Kontrollrat auf Grund des Befehls Nr. 3 erlassen worden ist und erklären, daß ein solches Arbeitsverpflichtungsgesetz auch nach der Auffassung des Ausschusses notwendig ist. Wir benötigen es, damit es als Regulator diene und um dessen, die sich irgendwie ihren Verpflichtungen, in den Arbeitsprozeß sich einzufügen,

reihen, entziehen, klarzumachen, daß sie verpflichtet sind, der Gesamtheit des Volkes auch ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.

Die öffentliche Fürsorge fordert noch mehr eine enge Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsorganisationen aller Art. Es ist freudig anzuerkennen, daß die Wohlfahrtsorganisationen hier in enger Zusammenarbeit wirken. Es sollte aber kein Weirlauf mit fremden Mitteln unter den verschiedensten Arten von Wohlfahrtsorganisationen stattfinden, hier gebietet die Not zusammenzuhalten. Wohlfahrtsorganisationen sollten nach keiner Seite hin nur ein Abglanz einer politischen oder absolut religiösen Auffassung haben. Hier muß zusammenge-wirkt werden, und das ist heute nötiger denn je.

Die Fürsorgegrundsätze hat der Herr Minister um 30 Prozent erhöht. Die Auswirkungen, die dadurch entstehen, sind im einzelnen noch zu prüfen, auch insofern, als dadurch Löhne, in der Hauptsache Mindestlöhne, die mit 85% der Fürsorgeleistungen überschritten werden, einer Revision unterzogen werden müssen. Es wird Aufgabe der zuständigen Instanzen sein, zu prüfen, wenn schon durch Verteuerung der Lebensmittel, Verteuerung des täglichen Bedarfs usw., es nötig war, die Fürsorgegrundsätze zu erhöhen, inwieweit hier auch eine Angleichung und Verbesserung der Löhne geringbezahlter Arbeiter möglich ist (Sehr richtig! bei der SPD) und ob die Leistungen der Sozialversicherung usw. nicht ebenfalls einer Revision unterzogen werden müssen. Die Not als solche ist da, die Teuerung ist vorhanden, die Entscheidung ist da, und nunmehr müssen die Konsequenzen daraus gezogen werden.

Der Herr Minister hat das weitere auch mitgeteilt, daß eine unentgeltliche Betreuung der Fürsorgeempfänger mit Winterbrand und Kartoffeln in Aussicht genommen sei, das weitere, daß die Amerikaner beihilfe mit 50 Prozent für die Schulkinder-speisung eingesetzt werden soll. Er hoffe, hier in Verhandlungen mit der amerikanischen Militärregierung Erfolg zu haben.

Einen erschreckenden Einblick in die Auswirkungen des Krieges bot die Jugendfürsorge. Die Auswüchse in der Verwahrlosung unserer Jugend sind enorm. Die Zahlen, die uns da bekanntgegeben wurden und die durch einzelne Mitglieder im Ausschuß noch ergänzt wurden, sind von einem derartigen Einfluß auf alles, was als Aufgabengebiet zu bewältigen ist, daß ich sie hier gar nicht wiedergeben, sondern nur zum Ausdruck bringen will: Hier zeigt sich so recht das Verbrechen der Nazihinterlassenschaft (Sehr richtig! bei der SPD). Ich möchte auch in diesem Kreise sagen, ein Appell dieses Hauses an das Gewissen der Eltern, Lehrer, Erzieher und alle, die auf die Erziehung Einfluß haben, darf kein leerer sein, wenn gefordert wird, alles zu tun, um die Jugend aus einer falschen Ideologie, aus dem Wahn und Hang zum Führertum und Militarismus heraus wieder zu gesitteten, gehorchenden und die Eltern und die Leistungen ehrenden Menschen zu erziehen (Bravo).

Ich will über die Ausführungen, Preise und Löhne und über die Debatten und Unterhaltungen, die sich darüber entwickelt haben, keine großen Ausführungen machen. Allein die Tatsache steht fest, und der Sozialpolitische Ausschuß ist mit dem Herrn Minister darin einig, daß vom Länderrat zu fordern ist, daß, wenn den Dingen Einhalt geboten werden soll, eine schärfere Preisüberprüfung und Preiskontrolle nach dem Stande vom Mai 1945 das Richtige ist.

In diesem Zusammenhang ist es genau so wichtig, hervorzuheben, daß, um dem Bauarbeitermangel abzuwehren, es jetzt endlich an der Zeit wäre, daß die Militärregierung dem am 8. Februar 1946 durch die Länderregierungen der US-Zone gestellten Antrag auf Erhöhung der Löhne dieser Branche entspricht. Sowohl diese Löhne als auch die Löhne in der Landwirtschaft und im Bergbau bedürfen einer Erhöhung (Sehr richtig! links). Alle in diesen Berufen Beschäftigten stehen im Vordergrund, wenn unsere Wirtschaft aufgebaut werden soll. Sie sind an sich im Lohn zu-

rückgeblieben, aber diese Arbeiten sind bevorzugt nötig, und auch aus diesem Grunde muß man den Wünschen dieser Arbeiter entsprechen. Die Ausschüymitglieder unterstützen die Zielsetzungen, besonders auch die Ausführungen des Herrn Ministers, die es erwünscht erscheinen lassen, daß die Vollmachten der deutschen Behörden seitens der Militärregierung erweitert werden, um in diesen Fällen schneller handeln zu können.

Das, meine Damen und Herren, zu den Bemerkungen über die allgemeine sozialpolitische Lage des hessischen Landes und die Stellungnahme des Ausschusses:

Nun hat der Ausschuß eine Reihe von Petitionen zu erledigen gehabt, von denen er die dringendsten herausgezogen hat, die ich in Kürze behandeln will. Zunächst eine Petition des Betriebsrates der Opel-Werke in Rüsselsheim, die Lohnsteuer betreffend. Sie lautet:

„Petition der Adam Opel AG., Rüsselsheim. betr.: Neue Lohnsteuer.

a) Wie aus Mitteilungen der Presse ersichtlich ist, tritt der Abzug für erhöhte Lohnsteuer auf Grund der Gesetze im französischen Gebiet erst ab 1. Juli 1946 in Kraft. Ebenso wird die Veränderung des Familienstandes auch erst ab 1. Juli 1946 berücksichtigt.

Es findet selbstverständlich die größte Beachtung unter der werktätigen Bevölkerung, daß eine solche Regelung trotz Kontrollratsgesetz möglich ist. Es wird auf das Stärkste beanstandet, daß im amerikanischen Gebiet diese Regelung, die einen Härteausgleich bedeutet, keine Anwendung findet.

Zur Illustrierung führen wir einige Beispiele auf:

1. Von zwei im Betrieb beschäftigten Arbeitern mit Rm. 300.— monatlichem Lohn-einkommen zählt bis zum 1. Juli 1946 der im französischen besetzten Gebiet wohnende Rm. 33,70 Lohnsteuer nach Steuerklasse III, während der im amerikanischen besetzten Gebiet Wohnende, der ebenso wie der

erstere verwitwet oder geschieden ist, Rm. 60.30 monatlich zahlen muß, wozu noch die Nachzahlungen ab 1. 1. 1946 kommen.

2. Bei einem Arbeiter, dessen Kinderermäßigung von 3 Kindern auf 1 Kind herabgesetzt wurde, beträgt die Mehrsteuer monatlich Rm. 16.90.

3. Ein seither als verheiratet mit 2 Kindern Gefandter, der jetzt als ledig geführt wird, bezahlt monatlich Rm. 41.80 mehr als ein Gleichgestellter aus der französischen Zone, für den diese Erhöhung erst ab 1. 7. 1946 gilt (diese Fälle sind tatsächlich eingetreten). Der Mann aus der amerikanischen Zone bezahlt also, da diese Regelung für ihn rückwirkend ab 1. 1. 1946 in Kraft getreten ist, insgesamt Rm. 250.80 mehr, als ein Kollege aus der französischen Zone.

b) Als eine besonders große Härte wird die Herabsetzung der Grenze für die Kinderermäßigung von 18 auf 16 Jahre empfunden.

c) Wenn man grundsätzlich von der Voraussetzung ausgeht, daß Mehrarbeit über 48 Stunden bei der gegenwärtigen Lebenshaltung von den Arbeitern abgelehnt wird, selbst wenn diese Arbeit für öffentliche Sicherheit oder für dringende Aufträge der Militärregierung verrichtet werden muß, so ergibt sich infolge der Unmöglichkeit eines Entgelteinkommens in Form einer Lebensmittelerzuteilung die Notwendigkeit, den über 48 Stunden geleisteten Arbeitslohn, der ja kein regelmäßiger Normalverdienst ist, von der in dem Kontrollratsgesetz vorgesehenen progressiven Steigerung auszunehmen, um den Arbeitern durch tatsächliches Auszahlen des Mehrverdienstes einen Anreiz zu geben. Selbst, wenn man in Erwägung zieht, daß die Arbeitslosenentschädigung bei der Steuerberechnung nicht berücksichtigt werden, in die Arbeitslosen bei Überstundenzahlung für den Monat, den Härte und er fällt sich bei der weiteren Leistung noch dazu, daß die Arbeitslosenentschädigung die notwendige Anerkennung, die den Umständen Niedrigkeit

Wir bitten Sie, Schritte zu tun, die geeignet sind, baldigst einen gerechten Ausgleich in der steuerlichen Belastung der Arbeitnehmer (vor allem der einzelnen Zonen) herbeizuführen."

Die Lohnsteuer ist ein Gesetz des Kontrollrats, aber die Lohnsteuer wird demnach in der Ausführung nicht gleichmäßig in den Zonen behandelt und das führt dazu, daß beispielsweise im französisch besetzten Gebiet die Arbeiter weniger Lohnsteuer abgezogen bekommen als in der amerikanischen besetzten Zone. Weniger Lohnsteuer auch, wenn sie den Lohn auf amerikanisch besetztem Gebiet verdienen. Da ergeben sich Unterschiede, die merklich sind. Von zwei beschäftigten Arbeitern mit Rm. 300.— monatlichem Einkommen zahlte bis 1. Juli der im französischen Gebiet Wohnende Rm. 33.70, während der im amerikanisch besetzten Gebiet Wohnende, im selben Betrieb Arbeitende Rm. 60.30 monatlich Lohnsteuer zu entrichten hatte. Bei einem Arbeiter, dessen Kinderermäßigung von drei Kindern auf eins herabgesetzt wurde, beträgt die Mehrsteuer Rm. 16.90. Bei Verheirateten mit zwei Kindern wirkt es sich so aus, daß in der französischen Zone monatlich Rm. 41.80 zu zahlen waren, während der Mann aus der amerikanischen Zone, da bei ihm die Regelung rückwirkend ab 1. 1. 1946 in Kraft getreten ist, insgesamt Rm. 25.80 zu zahlen hatte.

Da es sich um ein Kontrollratsgesetz handelt, das so eine unterschiedliche Anwendung findet, ist es nötig zu prüfen, was zu tun ist und deshalb bitten wir, den Antrag Nr. 4 anzunehmen.

"Die Petition wird dem Herrn Minister für Arbeit und Wohlfahrt zur Berücksichtigung übergeben mit der Bitte, diese Petition im Benehmen mit dem Herrn Minister der Finanzen an maßgebender Stelle zur Sprache zu bringen, da es sich um ein Kontrollratsgesetz handelt."

Eine weitere Petition, die Kriegesgefangenen betrifft, von einer Petition der Ortsgruppe der SPD Buchenau/Lahn, und zwar betreffend die Freilassung

tion mit der Frage der Freilassung aller Jugendlichen, die sich in Gefangenschaft befinden. Sie hat folgenden Wortlaut:

Petition der Ortsgruppe Buchenau/Lahn, Kr. Biedenkopf.

Betr. Freilassung aller Jugendlichen, die sich in Gefangenschaft befinden, welche ab 1. 1. 1919 geboren sind, haben in den meisten Fällen das heiratsfähige Alter erreicht. Diese Jugendlichen wurden zum größten Teil aus der Lehre, sowie von der Schule zum RAD oder direkt zur Wehrmacht überführt.

Diese Jugend denkt mit Grauen an ihr zukünftiges Schicksal, da sie nicht weiß, bis zu welcher Stunde die langersehnte Entlassung kommt. Ihr Schicksal ist insofern ungewiß, da sie mit einem Alter von 20 bis 27 Jahren noch keinerlei Beruf erlernt haben. Es ist Pflicht aller Parteien, an den Herrn Kommandierenden der USA-Zone heranzutreten, daß diese Jugend in die Heimat überführt wird, um einen Beruf zu erlernen."

Meine Damen und Herren! Diese Petition gab dem Ausschuss Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache über das Kriegesgefangenenproblem überhaupt. Ich bin beauftragt, hier von der Tribüne des Parlaments, wahrscheinlich als dem ersten Parlament des neu erstehenden deutschen Reiches, über diese Fragen einige Bemerkungen zu machen. Es dreht sich jetzt nicht mehr darum, einen Teil der Gefangenen aus der Kriegesgefangenschaft freizubekommen, sondern um die gesamten Kriegesgefangenen. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit des gesamten Volkes. Die Kriegesgefangenenfrage muß schnellstens gelöst werden. (Sehr richtig!)

Die Sorge um die Kriegesgefangenen, der Mann, der Mütter, der Frauen, der Kinder um ihre Väter ist groß. Ich habe deshalb versucht, von allen Instanzen, die sich mit der Frage der Kriegesgefangenen befassen, dem Roten Kreuz, dem Kontrollrat und von der einseitigen Mehrheit zu kommen, und ich muß Ihnen

mitteilen, daß die Zahl der noch in Kriegesgefangenschaft befindlichen einschließlich der Vermissten, über die noch keine Nachricht eingegangen ist, immer noch nahezu 5 Millionen beträgt. (Hört, hört!)

Ich habe versucht festzustellen, wie groß die Zahl der Gefangenen in den einzelnen Ländern ist. Es ist auch geprüft, wie weit sich die einzelnen Länder bemühen, die Kriegesgefangenen zu entlassen, welche Maßnahmen dort in Bezug auf ihre Versorgung getroffen wurden, wie die politischen Verhältnisse sind usw. Es darf gesagt werden, daß sich die Organisation des Roten Kreuzes, des Caritas-Verbandes usw. die erdenklichste Mühe geben, das Schicksal unserer Kriegesgefangenen zu erleichtern. Es muß aber andererseits auch gesagt werden, daß diese Organisationen auch heute noch erheblichen Schwierigkeiten begegnen, um die nötigen Arbeiten bewältigen zu können. Nun haben wir dieser Tage durch die Rede des Herrn Außenministers Byrnes der USA gehört:

"Die Vereinigten Staaten haben fast alle in ihrem Lande befindlichen Kriegesgefangenen nach Deutschland zurückgeschickt. Wir unternehmen unverzüglich Schritte, um die in anderen Teilen der Welt befindlichen deutschen Kriegesgefangenen baldigst zurückzusenden."

Diese Worte wirken erlösend. Wir wissen dadurch, daß wenigstens von einem Lande die Kriegesgefangenenfrage reslos gelöst werden soll. Durch die Presse und durch den Rundfunk haben wir weiter erfahren, daß auch die englische Regierung sich mit dieser Frage beschäftigt. Wir hören, daß jeden Monat 15 000 Kriegesgefangene von England nach Hause geschickt werden sollen. (Zuruf von der SPD: Zu wenig!)

Es befinden sich im englischen Mutterlande zur Zeit noch 300 000 Kriegesgefangene und weitere -115 000 befinden sich noch in den Dominien. Wenn monatlich 15 000 Kriegesgefangene entlassen werden, wird noch eine sehr lange Zeit vergehen, bis zu dem Zeitpunkt, wo der letzte

Kriegsgefangene heimgekehrt sein wird. Wir haben indessen die Hoffnung, daß mit dem weiteren Abebben des Kriegsgeistes auch in England in nächster Zeit der Gedanke sich durchsetzen wird, daß man die Zahl der in jedem Monat zu entlassenden Kriegsgefangenen vergrößern wird — und daß damit der Zeitpunkt, wo der letzte Kriegsgefangene heimkehren wird, wesentlich näher rücken wird. Wir wissen wenigstens, daß diese Länder sich mit der Frage der Entlassung der Kriegsgefangenen beschäftigen und somit ist der Zeitpunkt, da der letzte Kriegsgefangene nach Hause kommt, wenigstens abzusehen. Bei der großen Zahl der Kriegsgefangenen aber, die sich in diesen Ländern noch befinden, muß die Frage der Kriegsgefangenen noch als sehr ernst angesehen werden. Nach den Zahlen, die wir vom Roten Kreuz erhalten haben, beträgt die Zahl der Kriegsgefangenen, die sich in diesen beiden Ländern befinden, zur Zeit noch etwa 1 Million. Was die in den anderen Ländern noch zurückgehaltenen 4 Millionen Kriegsgefangenen betrifft, so sind wir über deren Heimkehr völlig im unklaren. In Frankreich sollen sich noch an 800 000 Kriegsgefangene befinden. Wieviele Kriegsgefangene sich noch in den Ostländern befinden, war nicht festzustellen.

Die postallischen Verhältnisse sind wenig günstig und in den Kreisen der betroffenen Eltern, Frauen und Kinder herrscht eine große Sorge auch deswegen, weil von mehreren 100 000 Kriegsgefangenen bis heute noch keinerlei Nachricht eingegangen ist. (Zurufe von der SPD: Sehr richtig! Das ist die Demokratie Ruhlands!)

Um dieser trübseligen Lage der Verhältnisse hält der Ausschuss es für notwendig, daß von dieser Stelle aus ein offenes Wort an alle gerichtet wird. (Sehr richtig! Bei der SPD.)

Seit vierzig Jahren ruhen nunmehr die Waffen. Unersetzliches Leid hat dieser Krieg über die ganze Welt gebracht. Das Leid des deutschen Volkes aber wird noch stark vermehrt dadurch, daß diese große

Zahl von Kriegsgefangenen noch nicht in die Heimat zurückgekehrt ist. (Sehr wahr bei der SPD.)

Wir bekennen: Militaristische und nationalistische Doktrinen sind die Ursachen dieses Übels und in Deutschland haben diese Doktrinen des Wahnsinns ihren Ausgang genommen. Wir wissen: Der Fluch der ganzen Welt lastet auf uns, dem deutschen Volke. Die Nazis werden für diese Ungeheuerlichkeit ihrer Politik geradestehen müssen; sie dürfen ihrer Strafe nicht entgehen. Bedenke man aber überall in der Welt: Nicht alle Deutschen waren Nazis, nicht alle Deutschen waren Militaristen. (Sehr gut! bei der SPD und CDU.)

Niemals haben die Nazis in freier Abstimmlung die Mehrheit im deutschen Volk gehabt.

Und nun, da wir beginnen, den deutschen Staat auf der Grundlage der Demokratie neu zu errichten, soll man wissen: Diese im Geiste der Demokratie und im Geiste des Humanismus begonnene Aufbauarbeit leidet sehr stark darunter, daß unsere Kriegsgefangenen noch immer nicht in die Heimat zurückgekehrt sind, ja, daß über das Schicksal von Hunderttausenden noch immer eine völlige Ungewißheit herrscht. Das seelische Leid, das auf den Eltern, auf den Kindern, auf den Geschwistern dieser Kriegsgefangenen lastet, ist groß. Der Sache der Freiheit, der Menschlichkeit und der Völkerverständigung, wie auch dem Frieden würde ein großer Dienst geleistet werden, wenn man den Eltern die Söhne, den Frauen ihre Männer, den Kindern den Vater zurückgeben würde. Für die junge Demokratie aber, die in Deutschland aufgerichtet werden soll, würde die baldige Heimkehr der Kriegsgefangenen eine nicht zu unterschätzende Unterstützung darstellen. (Sehr richtig! Bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! In Verbindung mit dieser Erklärung empfehle ich Namen der Sozialpolitische Ausschuss, die Kommission, die sich auf die Freilassung der Kriegsgefangenen bezieht, stark.

Ministerpräsidenten zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Bitte, alles zu versuchen, damit die Kriegsgefangenen in allen Ländern baldigst freigelassen werden.

Der sozialpolitische Ausschuss hat sich weiter mit den Petitionen beschäftigt, die sich auf die Versorgung der Kriegsbeschädigten und auf die Hinterbliebenen des Krieges beziehen. Diese Petitionen sind im Ausschuss durchgesprochen worden. Die Not, unter der speziell diese Opfer des Krieges zu leiden haben, ist groß und bedarf dringend der Abhilfe. Wir haben deshalb der Besprechung dieser Dinge sehr viel Zeit gewidmet, um ihnen gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang ist auch das neue Gesetz, betreffend die Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen, mit behandelt worden. Das alte Versorgungsgesetz wurde durch die Militärregierung aufgehoben. An die Stelle des Rechtsanspruchs auf Versorgung ist die öffentliche Fürsorge getreten. Es sind wegen dieser Frage eingehende Verhandlungen gepflogen worden, die bis in den Mai des vorigen Jahres zurückgehen. Heute nun kann ich Ihnen mitteilen, daß vom Landrat ein neues Gesetz — Versorgungsgesetz beschlossen worden ist, das allerdings noch der Genehmigung durch die Militärregierung bedarf. Mit diesem Gesetz wird die Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen in neue Bahnen gelenkt werden. Es wird darin zunächst einmal festgelegt, daß an die Stelle der Fürsorge ein Rechtsanspruch auf Versorgung tritt. Was die Höhe der Unterstützungsätze anlangt, so bleibt das neue Gesetz allerdings hinter dem alten Versorgungsgesetz zurück. Es war nicht möglich, in vollem Umfange das zu erreichen, was man im Interesse der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen gern erreicht hätte. Die Witwen, die sich der Forderung entgegenstellen, die Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen in einem besonderen Gesetz zu regeln und ihnen einen Rechtsanspruch auf Unter-

stützung einzuräumen, waren so erheblich, daß es einer langen Zeit und sehr großer Anstrengungen bedurfte, um sie zu überwinden und das Gesetz in der vorliegenden Fassung zustande zu bringen. Deshalb wird nicht von einem Kriegsversehrten-Versorgungsgesetz gesprochen, sondern von einem Gesetz als durch den Krieg bedingten Ursachen.

Die Hauptversorgungsämter, die als Organisationen sehr eng verknüpft waren mit der militaristischen Idee, sollen verschwinden.

Aus diesen Schwierigkeiten heraus erhielt das Gesetz die Fassung, wie sie jetzt vorliegt. Auf Grund dieses neuen Gesetzes werden künftig die Kriegsbeschädigten, die Hinterbliebenen und alle die Personen, die aus durch den Krieg bedingten Ursachen beschädigt sind, versorgt werden. Die Rente wird gewährt in Höhe der Beiträge der gesetzlichen Unfallversicherung. Man hat lange darüber verhandelt, ob die Entschädigung zu zahlen sei im Rahmen der Invalidenversicherung, oder nach den Entschädigungsrichtlinien der Unfallversicherung. Da es sich aber in den meisten Fällen um eine Teilbeschädigung handelt — nur in den wenigsten Fällen handelt es sich um eine volle Beschädigung —, blieb kein anderer Weg übrig, als das Schema der Unfallversicherung. Der Berechnung der Rente wird der Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt. Die Rente wird je nach dem Grade der Beschädigung unterschiedlich festgesetzt. Der Jahresarbeitsverdienst wird aber nach oben begrenzt. Er ist je nach der Ortsgruppe festgesetzt worden auf 1600.— bis 1700.— Mark und in der höchsten Gruppe auf 1800.— Mark. Zwei Drittel dieses Jahresarbeitsverdienstes werden als Vollrente gezahlt; das sind also 90.— Mark, 95.— oder 100.— Mark je nach der Ortsgruppe als Vollrente pro Monat. Dazu wird eine Sonderrente gewährt für blinde oder für sonstige Hilfsbedürftige in Höhe bis zu 75.— Mark monatlich. Je nach dem Grade der Erwerbsbeschränkung wird die Rente gestaffelt von 30% aufwärts. Auch den Witwen der Kriegesopfer wird

eine Hinterbliebenenrente gezahlt; allerdings nur in dem Falle, daß sie in ihrer Arbeitsfähigkeit um mindestens 50% beschränkt sind und in den Fällen, in denen sie das 60. Lebensjahr überschritten haben. Eine Witwenversorgung ohne diese Einschränkung glaubt der Staat sich nicht leisten zu können, abgesehen davon, daß die Genehmigung der Militärregierung für eine derartige Regelung nicht zu haben sein würde.

Zu den Rentenbeträgen treten dann noch die Kinderzulagen hinzu, sofern die Erwerbsbeschränkung 50% und mehr beträgt. Die Kinderbeihilfen werden gezahlt in Höhe von 10% der Rente bis zum 16. Lebensjahr, wenn die Kinder sich in Berufsausbildung befinden, bis zum 18. Lebensjahr.

Wir werden uns an anderer Stelle nach dem Inhalt des Gesetzes und seiner Durchführung eingehend zu beschäftigen haben. Für das Gros der Kriegsbeschädigten, das den Weg zur Fürsorge nicht gehen wollte oder konnte, wird das neue Gesetz den Vorteil haben, daß diese Kriegsbeschädigten nun wieder einen Rechtsanspruch haben und nicht auf die allgemeine Fürsorge angewiesen sind. Aber worauf ich besonders hinweisen wollte, ist der Geist des Gesetzes, ist auch der Geist, den wahrscheinlich die Versammlung billigt dahingehend: die Kriegsbeschädigten wieder in den Erwerbsprozeß einzuschalten. Wir müssen versuchen, den Kriegsbeschädigten die Möglichkeit zu geben, wieder am Leben vollen Anteil zu haben, wir müssen ihnen den Eindruck verwehren, als wären sie ausgeschlossen von dem, was den anderen Menschen zusteht, wir müssen ihnen einen Lebensinhalt geben. (Sehr richtig!)

Deshalb werden wir alles versuchen müssen, um die Kriegsbeschädigten in Arbeit zu bringen, soweit sie irgendwie nach einer Tätigkeit nachgehen können. Dies wird nötig sein im Interesse der Kriegsbeschädigten, es wird aber auch im Interesse des Staates nötig sein. Die Opfer sind so ungeheuerlich, daß man nicht in

jedem Falle helfen kann. Dadurch, daß die Kriegsbeschädigten wieder in Arbeit gebracht werden, wird erreicht, daß auch für den Staat eine gewisse Erleichterung eintritt; die Ausgaben, die dem Staat durch dieses Gesetz verursacht werden, belaufen sich auf 11 Millionen Mark im Jahre. Der Sozialpolitische Ausschuß unterbreitete ihm deshalb folgenden Antrag:

„Die Verfassungsberatende Landesversammlung Groß-Hessens nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß durch das in Aussicht genommene Gesetz des Kontrollrats den Opfern des Krieges in ihrer so irdastlosen Lage sowohl fürsorglich im Erwerbsleben als auch finanziell geholfen werden soll.

Die Verfassungsberatende Landesversammlung Groß-Hessens ist der Auffassung, daß die Not des Landes es nicht erlaubt, den Bedürfnissen der Opfer des Krieges so zu entsprechen, wie es in Anbetracht ihrer Notlage notwendig wäre. Einstweilen wird aber auch durch dieses voraussichtlich kommende Gesetz des Kontrollrats der dringendsten Notlage abgeholfen.“

In Verbindung mit diesem Antrag bieten wir sie, die gesamten Petitionen, die ich Ihnen vorher bekanntgegeben habe, als erledigt zu erklären und diesen Antrag anzunehmen.

Meine Damen und Herren! Es war der Wunsch des Ausschusses, recht schnell in eine Beratung über die Reform der Sozialversicherung einzutreten. Wir haben das ausgiebig getan. Ich bin beauftragt, Ihnen den Bericht, den ich dort als Berichterstatter gegeben habe, auch hier vorzutragen und Sie nachher um Annahme der Entschließung des Sozialpolitischen Ausschusses zu bitten. Die deutsche Sozialversicherung ist bei ihrer Entstehung ohne Beispiel in der Weltgeschichte. Die Geburtsfehler, die nicht durch die Regierungsorgane hervorgerufen, sondern von außen her hineingebracht wurden, haben sich die ganzen Jahre erhalten und waren die Ursache, daß die Sozialversicherung Hemmnisse in der Entwicklung aufwies. Selbst Bismarck und

Wilhelm I. waren nicht in der Lage, den Einfluß der Schwerindustrie auszuschalten. Auch Posadowsky hat in den Jahren 1896 und 1897, als man sich über eine Neuregelung der Sozialversicherung unterhielt, nicht durchzusetzen vermocht, was vom Standpunkt einer gesunden Sozialversicherung nötig gewesen wäre. Heute, wo wir in einer neuen Epoche staatlichen Entwicklung stehen, ist es nötig, diese Frage erneut aufzugreifen, und zwar unter Berücksichtigung all der Mängel, die sich in den letzten Jahren ergeben haben, damit die Sozialversicherung für die Zukunft segensreicher wirken kann. Es handelt sich nicht mehr um die Frage der Notwendigkeit, unsere Sozialversicherung zu reorganisieren. Heute ist entscheidend der Lastenvergleich, die Leistungserhaltung und der Ausbau der Organisation. Mehr und mehr sind in der Sozialversicherung, insbesondere bei der Krankenversicherung, die Sachleistungen gegenüber den Barleistungen in den Vordergrund getreten. War es ursprünglich der Zweck der Sozialversicherung, den Kranken nur Ersatz für das zu schaffen, was sie im Krankheitsfall nicht verdienen konnten, so bestehen die Leistungen der Sozialversicherung jetzt überwiegend in Sachleistungen, ärztlicher Hilfe, Krankenhaushilfe, Hilfe mit Medikamenten, Familienhilfe usw. Alle diese Hilfen sind in den Vordergrund gerückt, gegenüber dem Krankengeld, um damit dem Leben als solchem den Vorrang zu geben. Das Leben zu erhalten und nicht nur den entgangenen Arbeitsverdienst zu ersetzen, ist das wertvollere Ziel. So ist es der Fall, daß bei den Krankenkassen beispielsweise die Ausgaben für Barleistungen von 66 2/3% auf 35% gesunken sind, während andererseits die Sachleistungen inklusive der Familienhilfe von ehemals 33% auf zwei Drittel der gesamten Leistungsausgaben, also auf 66 2/3% gestiegen sind. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in Zukunft die qualifizierte ärztliche Leistung noch mehr in den Vordergrund des Aufgabengebietes der Sozialversicherung stehen wird, wie seither. An die Stelle des

Hörrohr des Arztes ist längst der Röntgenapparat getreten und dadurch, daß die Röntgenapparate durch Errichtung von Ambulatorien der Sozialversicherungsträger ihre Verwertung erfuhren, wurden auch die Kosten für die Behandlungsmethode geringer und damit die Masse der Menschen zugänglicher. Ich betone, die qualifizierten Leistungen der medizinischen Wissenschaft müssen dem ganzen Volke, auch dem geringstverdienenden Arbeiter im Falle von Krankheit zur Verfügung stehen. Die Zahl der Pflegefälle in den Krankenhäusern ist enorm gestiegen, ein Beweis dafür, daß die ärztliche Betreuung im Krankenhaus gut ist. Die Zahl der Betten in den Krankenhäusern hat sich in den letzten Jahren verzehnfacht. Der Arbeiter will aber aus dem Odium heraus, daß er vom „Kassenarzt“ behandelt und im Krankenhaus nur in der dritten Klasse untergebracht wird. Der neue Staat wird es nicht zulassen können, daß die Behandlung der Kranken kassenmäßig geschieht. (Sehr richtig links.)

Das sind Gedankengänge, die mit diesem Fragenkomplex zusammenhängen. Der Mensch muß über allem stehen! So, wie wir einen Ausgleich der Lasten brauchen, so brauchen wir auch einen Ausgleich der Lasten der einzelnen Versicherungsträger. Deshalb, weil wir wissen, daß einzelne Krankenkassen nicht in der Lage sind, die primitivsten Leistungen zu erfüllen, während andere Krankenkassen, die weil sie über ein gutes Versicherungsmaterial verfügen, bei einem geringen Beitrag in der Lage sind, größere Leistungen zu gewährleisten. Dasselbe, was ich über die Krankenversicherung sagte, ist auch über die Rentenversicherung zu sagen. Die Rentenversicherung zeigt folgendes Bild: In der Angestelltenversicherung wird Rente gewährt bei 50% Erwerbsbeschränkung; die Witwenrente erhält jede Witwe. In der Invalidenversicherung ist die Bewertung von 66 2/3% Prozent Witwenrente.

Meine Damen und Herren! Das sind Gegensätze, die sich im neuen Staat nicht mehr vertragen. Daß die Angestelltenver-

sicherung bei gleichen Beiträgen in der Lage war, diese Leistungen zu gewähren, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Löhne der Angestellten eine höhere Einnahme möglich machen und daher die Angestelltenversicherung ohne Reichszuschuß in der Lage war, bei gleichem Beitrag die Renten zu gewähren, während die Invalidenversicherung einen Reichszuschuß von 1 Milliarde im Jahr benötigte.

Meine Damen und Herren! Dieser Reichszuschuß soll künftig wegfallen, und da ergibt sich für uns die Frage: Wie soll denn in Zukunft überhaupt noch Rente in der Invalidenversicherung gewährt werden? Die Milliarde Reichszuschuß bedeutet, daß 53% der Invalidenrenten mit ihr bezahlt wurden, während nur 47% aus eigenen Beiträgen aufgebracht wurden. Wenn also der Reichszuschuß wegfällt, müßte die Rente, die durchschnittlich 44.— Mark beträgt, auf die Hälfte reduziert oder der Beitrag, der 5,6% beträgt, verdoppelt werden. Es wird keines von beiden möglich sein.

Es wird unmöglich sein, für eine Kategorie von Beschäftigten, nämlich die Angestellten, den Beitrag mit 5,6% festzusetzen und die Rentenhöhe wie bisher zu belassen, weil der Verdienst die Einnahmen garantiert, während auf der anderen Seite die Rentenversicherung der Arbeiter nicht leidet. Es geht eben nicht, auf die Dauer eine Sozialversicherung zu erhalten und leistungsfähig zu gestalten, in der nur die kleinen Verdienste versichert sind. Leistungsfähig wird die Versicherung erst dann, wenn auch die größeren Verdienste mit in die Sozialversicherung einbezogen werden.

Die Unfallversicherung steht zweifellos auch im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich. Ich brauche nur darauf zu verweisen, daß zum Beispiel die Metallindustrie, die während des Krieges ganz außerordentlich ausgedehnt war, in Zukunft in diesem Umfang nicht mehr wird arbeiten können. Die Unfallrenten aber, die in den Kriegsjahren bewilligt werden mußten, müssen nunmehr von den Berufs-

genossenschaften der Metallindustrie — es gibt deren mehrere — weitergezahlt werden, während die Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten Personen, die heute die Beiträge zur Unfallversicherung zu leisten haben, stark zurückgegangen ist.

Sie wollen auch daraus ersehen, daß auch hier ein Lastenausgleich absolut notwendig ist.

Andererseits ist es notwendig, daß die Unfallversicherten im Rahmen der Selbstverwaltung ein Mitbestimmungsrecht erhalten, das ihnen bisher nicht zugesprochen hat. Dabei muß auch darauf verwiesen werden, daß der größte Teil der Lasten, die aus Betriebsunfällen erwachsen, von der Krankenversicherung zu tragen sind, die in den ersten 42, resp. 45 Tagen nach Eintritt des Betriebsunfalles für die Folgen des Betriebsunfalles aufzukommen hat. Die Berufsgenossenschaft übernimmt die Kosten erst nach dieser Zeit.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß, wenn die Zahlung eines Reichszuschusses zu den Sozialrenten der Invalidenversicherung in Zukunft nicht mehr in Frage kommt, daß andererseits die Sozialversicherung eine Erweiterung und Verbreiterung erfahren muß, weil sie vom Volke gewünscht wird. Zahllose selbständige Existenzen, Handwerker, Landwirte, die Angehörigen der freien Berufe usw., die alle streben danach, in die Sozialversicherung aufgenommen zu werden, und zwar deswegen, weil ihnen die Sparkassen und die Lebensversicherungen nicht mehr die Versorgung für das Alter und für den Fall der Erwerbsunfähigkeit zu garantieren vermögen, wie die Sozialversicherung es getan hat. Die Sozialversicherung hat noch immer zu ihren Verpflichtungen gestanden; sie hat immer ihre Renten bezahlt. Soweit die Angestelltenversicherung infolge der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse im vorigen Jahr die Angestelltenrenten nicht hat voll zahlen können, kann ich ihnen mitteilen, daß der Vorstand der Landesversicherungsanstalt jetzt die Gelder zur Verfügung gestellt hat, die notwendig sind, um die Angestelltenrenten für die drei restlichen Mo-

nate nachzuzahlen. Diese Nachzahlung wird jedenfalls noch vor Weihnachten geschehen.

In Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses ist es mir leider nicht möglich, auf all die Dinge, die hier noch in Frage kommen und somit auf den ganzen Fragenkomplex näher einzugehen. Ich möchte nur nochmals sagen: Die Zentralisation innerhalb eines Landes ist nicht nur eine Frage der Organisation, sondern eine Frage, die aus der Not der Zeit heraus geboren ist. Sie ist nötig. Wir wollen keine Wasserköpfe schaffen, aber wir wollen eine einheitliche Organisation. Die Verwaltung bleibt im Lande; sie bleibt volksnahe. Der

einzelne Fall, in dem eine Unterstützung zu leisten ist, soll individuell geprüft, aber auch individuell überwacht werden. Es soll der Zustand beseitigt werden, daß der Versicherte gar nicht mehr weiß, welcher Versicherung er angehört. Er soll mit seiner Versicherung und die Versicherung soll mit ihm verwachsen sein.

Ich bitte Sie, die Entschliebung, die Ihnen der Sozialpolitische Ausschuß vorgelegt hat, anzunehmen, damit die deutsche Sozialversicherung nicht nur erhalten bleibt, sondern auch ausgebaut werden kann zu einem Werk, das des neuen demokratischen Staates würdig ist. (Starker Beifall bei der SPD.)

REDE DES FRAKTIONS-VORSITZENDEN DER SPD WILLI KNOTHE am 29. Oktober 1946 anläßlich der 3. Lesung der großhessischen Verfassung

Meine Damen und Herren!

Es erscheint mir notwendig, in dieser geschichtlichen Stunde einen Blick über die Grenzen unseres Landes zu werfen, und vornehmlich möchte ich Sie bitten, diese Blickrichtung nach Frankreich vorzunehmen, zu jenem Volke, das im Jahre 1789 die Menschenrechte proklamierte, deren freier Geist und stillliche Kraft heute noch die Völker Europas durchdringt.

Ich danke daran, daß es nun bald 100 Jahre her ist, daß die in der Frankfurter Paulskirche tagende Nationalversammlung einen Ansatz zu neuem Gestalten machte. Damals entstand eine politische Geistesrichtung in Deutschland, die die nationale Einheit herbeisehnte und sie im Kampfe gegen die Dynastien zu erreichen versuchte. Wenn in der Paulskirche um die Herstellung der einheitlichen deutschen Gestaltung gerungen wurde, so müssen wir Deutschen der Gegenwart von der Auffassung durchdrungen sein, daß wir unser Blickfeld nicht mehr nur national begrenzen dürfen, sondern daß wir es auf die europäische Ebene richten müssen.

Wir Sozialdemokraten kämpfen seit über 6 Jahrzehnten im deutschen Volke für die Erkenntnis der Notwendigkeit der Vereinten Nationen von Europa. Wir trugen während der Zeit des Obrigkeitstaates in uns das sehnstvolle Verlangen, daß die Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die im Jahre 1789 in Frankreich proklamiert wurden, auch in Deutschland Wirklichkeit werden müßten und führten um diese Grundrechte der Menschen auch für das deutsche Volk einen erbitterten jahrzehntelangen Kampf.

Aber schon vor der großen französischen Revolution nahm der Virginische Konvent am 12. Juni 1776 eine Verfassung an, die von George Mason entworfen worden war. Diese Erklärung von Mason übte einen starken Einfluß auch auf die anderen amerikanischen Staaten aus und drang bis auf den europäischen Kontinent, wo sie auch sehr stark das französische Volk beeinflusste.

Gestatten Sie, Herr Präsident, daß ich einige kurze Sätze aus dieser Verfassung von Virginia zitiere:

In dem Artikel 1 heißt es u. a., daß alle Menschen von Natur aus in gleicher Weise frei und unabhängig sind,

2. daß alle Macht im Volke begründet liegt und Regierungsbeamte nur Diener und Vertrauensmänner des Volkes sind,

3. daß die Regierung eingesetzt sei für das allgemeine Wohl, den Schutz und die Sicherheit des Volkes,

4. daß kein Mensch oder eine Gruppe von Menschen besondere Vorrechte genießen,

5. daß die Ämter durch häufige Wahlen besetzt werden sollen,

6. daß die Wahlen von Mitgliedern, welche als Vertreter des Volkes auftreten, frei sein sollen usw.

Um diese Zeit, in der sich Virginia diese auf den Menschenrechten fußende Verfassung gab, lastete auf Deutschland noch die Feudalherrschaft. Erst in den Jahren nach der großen französischen Revolution drangen die Ideen der Freiheit auch nach Deutschland und begründeten eine neue politische Geistesrichtung, die ihren Niederschlag in der revolutionären Bewegung des deutschen Bürgertums in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts fand.

Wir Sozialdemokraten waren immer von der Erkenntnis durchdrungen, daß die stillen Gesetze der Menschheit in hohem Grade infolge der ökonomischen und sozialen Ungleichheit unter den Menschen unwirksam blieben. Wir wissen, um mit Ferd. Lassalle zu reden, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, und werden unsere politische Kraft dazu einsetzen, daß die Verfassung Hessens nicht ein Stück Papier bleibt, sondern von Leben und Geist durchglüht, auch Realität wird. Dem deutschen Volke und der Welt gegenüber wollen wir heute, meine Damen und Herren, während des Abschlusses unseres Verfassungswerkes bekunden, daß der Geist von Potsdam endgültig abgewirtschaftet hat und der Geist der Paulskirche von Frankfurt, durchkluft vom sozialistischen Wolken, in der

Verfassung Hessens umfassend niedergelegt wurde.

Die Welt soll davon überzeugt sein, daß es uns heilig und ernst ist mit der Errichtung einer friedlichen Demokratie und daß wir den festen Willen haben, beachtend die Schaffung der Vereinten Nationen von Europa, das Band der gegenseitigen Verständigung und der Freundschaft zu knüpfen. Meine Damen und Herren, ich nehme diese geschichtliche Stunde wahr, um für meine Fraktion — ich bin überzeugt, daß Sie sich diesen Ausführungen vollinhaltlich anschließen werden — zum Ausdruck zu bringen, daß wir uns verpflichtet fühlen, insbesondere unserem großen Nachbarvolke zu sagen, daß wir mit allen Kräften auch für die internationale Auswertung dieser nunmehr auf beiden Seiten des Rheins anerkannten Grundsätze der Menschenrechte zu kämpfen. Dieses Gelöbnis ist geboren aus der Erkenntnis, daß das Zusammenleben der Völker nur auf der Grundlage dieser Prinzipien ein dauerhaft friedliches sein kann. *

Die deutsche Jugend dürstet danach, an der Kultur des großen Nachbarvolkes teilzuhaben.

Die Sozialdemokratische Partei bekundet dadurch nichts Neues. Seit ihrem Bestehen wirbt sie um die Verständigung zwischen dem französischen und dem deutschen Volke. Wenn diese Verständigung, die sich während der Zeit von Weimar angebahnt hatte, sich zerschlug, so war dies das Werk jener Kreise, von denen einige Hauptschuldige am 1. Oktober 1946 in Nürnberg verurteilt wurden. Die sich in Deutschland nun entwickelnde Demokratie sollte als Garantie dafür bewertet werden, daß es dem deutschen Volke ernst ist, nicht nur im Innern eine neue geschichtliche Epoche zu beginnen, sondern sie auch nach außen zum Ausdruck zu bringen. Das Wahlergebnis in Groß-Berlin ist ein Beweis dieses neuen demokratischen, sozialistischen, friedlichen Willens. Man sollte in der Welt und bei unserem Nachbarvolke in Frank-

reich bei der Beurteilung der werdenden Demokratie in Deutschland nicht außer acht lassen, daß ihre Geburt sich im Zustand unsäglichster Not, größten Leides und tiefsten Elendes vollzieht. Wenn das deutsche Volk, das beweisen wiederum die Wahlen von Groß-Berlin, sich grundsätzlich zur Demokratie bekennt, so tat es das, trotz der großen Not, trotz des Gefühles gegenwärtiger Aussichtslosigkeit und Hoffnungslosigkeit, im Interesse eines neuen politischen Gestaltens und einer neuen Idee.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß uns Deutsche heute noch eine Welt von Mißtrauen umgibt. Wir wissen, daß die Nazi Verbrechen am deutschen Volke und an anderen Völkern begangen haben. Wir wissen, daß das Vertrauen zu Deutschland bis in die tiefsten Tiefen bei den anderen Völkern erschüttert ist und daß es unsere vornehmste Aufgabe sein muß, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Es ist uns innerste Verpflichtung, dem französischen Volke und den anderen Völkern der Welt gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß sie Sicherheiten erhalten müssen, von denen sie zu wissen glauben, daß ein Krieg seitens des deutschen Volkes nicht mehr geführt werden wird. Die stärkste Garantie für eine friedliche Zukunft ist der demokratische Sozialismus.

Das deutsche Volk wird durch eine neue Erziehung, die auf dem Geiste der Friedfertigkeit beruht, die Voraussetzungen dafür schaffen, daß kommende deutsche Generationen im völkerverständigenden Sinne handeln werden.

Wir haben in unserer Verfassung die Bestimmung aufgenommen, daß die Prinzipien des internationalen Rechtes unmittelbares Landesrecht sind und daß niemand zur Verantwortung gezogen werden kann, der auf eine Verletzung dieses internationalen Rechtes durch irgendwelche Staatsorgane oder durch irgendwelche Handlungen hinwirft. Unter dieser Verfassung gibt es keinerlei Möglichkeiten für geheime Rüstungen, keinerlei Möglichkeiten für die

Verfolgung der Freunde des Friedens und der internationalen Solidarität, unter der falschen Anschuldigung, sogenannten Landesverrat begangen zu haben. Als erste Verfassung der Welt enthält die hessische Verfassung den Satz: Der Krieg ist geächtet.

Die neue deutsche Demokratie lehnt jede gewaltsame Auseinandersetzung mit anderen Völkern als Mittel zur angeblichen Lösung von Problemen ab. Die neu werdende deutsche Demokratie erklärt sich mit der reslosen Schleifung der Rüstungsindustrie einverstanden. Sie bringt aber gleichzeitig zum Ausdruck, daß ihr die Produktionsmittel gelassen werden müssen, die zum Aufbau eines friedlichen Deutschlands und zur Ausführung des notwendigen Exportes friedlicher Güter erforderlich sind. Die neu werdende Demokratie will ein gesundes, lebensfähiges, friedliches Deutschland auf bundesstaatlicher Grundlage schaffen. Durch ein solches föderatives Deutschland wird nach unserer Auffassung ein großer Teil des Mißtrauens beseitigt, das der Annäherung zwischen dem französischen und dem deutschen Volke im Wege steht. Dieses neue Deutschland wird nach unserer Auffassung eine nötige Voraussetzung schaffen für die Vereinigten Staaten von Europa.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird so stark sein, daß sie es politisch zu erreichen vermag, daß die Alternative Ost—West ausgeschlossen bleibt.

Wir sind der Auffassung, daß es keine rhein-französische, ebenso keine pfälzisch-französische, sondern daß es nur eine deutsch-französische Frage gibt. Deshalb sind wir weiter der Meinung, daß die französische Politik eingestellt sein muß auf das gesamte Deutschland und nicht nur auf die französische Besatzungszone.

Aus den Ruinen Deutschlands und Europas soll ein neues Geschlecht entstehen, ein Geschlecht, das weit hinausdenkt über die engen nationalen Grenzen. Mit unserer Hilfe soll der neue europäische Mensch

werden, der in sich trägt die geistige Kraft und den Willen, Garant der Kultur des Abendlandes zu sein. Der deutsche Mensch erkennt in Frankreich das Land, das Europa die Idee der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schenkte.

Uns ist es heilige Aufgabe, daran mitzuarbeiten, daß das deutsche und französische Volk im friedlichen Willen sich verbinden. Der Weg zum neu werdenden Europa kann nur über die Verständigung und über das innige Freundschaftsverhältnis zwischen dem französischen und dem deutschen Volke führen. Wir manifestieren unseren politischen Willen in der Richtung, daß wir eine starke friedensgesicherte Demokratie schaffen, die durch einen mächtigen sozialistischen Einschlag die Voraussetzung für ein Treuebündnis zwischen beiden Völkern ist.

Deshalb rufen wir nach Frankreich: Ermöglicht es uns durch euer Bereitsein, die geschichtliche Stunde zu nützen, um den Brückenschlag zwischen dem deutschen und dem französischen Volke vorzunehmen.

Der Krieg brachte die europäische Schicksalswende. Gemeinsames Wollen von hüben und drüben erst wird die Neuordnung Europas ermöglichen. Das soll nicht besagen, sie könne sich vollziehen durch diese beiden Völker allein. Alle anderen müssen hinzukommen, insbesondere Amerika, Rußland und England. Auf ihrer Einigkeit beruht der Frieden der Welt, den wir ersehnen und an dem wir teil zu haben,

aus dem wir Kraft und Auftrieb zu gewinnen hoffen.

Wir, die sozialdemokratische Fraktion der verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessens, sind der Auffassung, daß die Verfassung Hessens die Verfassung sein wird, die bis zu einem gewissen Ausmaß das kommende demokratische politische Gesicht Deutschlands kennzeichnet. Diese Verfassung dürfte Vorbildlich sein für die Verfassung, die wir uns für Deutschland schaffen werden, für eine demokratisch fundierte Verfassung, hinter der der geistige und seelische Wille des gesamten Volkes steht, die friedlich ausgerichtet ist und durch die die Völker Europas und der Welt erkennen: In dieser Verfassung steckt der Kern, sie enthält endlich die Garantien, die wir brauchen, um Europa friedlich auszurichten. Diese Verfassung soll der Welt gegenüber zum Ausdruck bringen, es ist das Deutschland des Friedens, das Deutschland, das den Geist von Potsdam beiseite gestellt hat, das Deutschland, das Europa einer neuen Geistesrichtung den Weg ebnen will. Dafür daß diese Verfassung nicht auf dem Papier stehen bleibt, bürgt das sozialistische Hessen. Wir werden gemeinsam mit allen guten demokratischen Kräften den Geist der Verfassung in das Volk hineinragen. Ich habe die Überzeugung, daß die Verfassung, die wir nun verabschieden werden, dazu beiträgt, das Mißtrauen der Welt gegenüber abebben zu lassen und uns hilft, das Vertrauen, das wir so nötig brauchen, zugunsten Deutschlands zurückzugewinnen.

Herausgeber: Landesparteivorstand der SPD, Frankfurt a. M., Gutenbergstr. 28

Verantwortl.: Franz Ulrich, Frankfurt a. M., Hanauer Landstr. 8 - Veröffentlicht unter Schutz des § 100 StGB

Druck: Graphische Werkstatt Offenbach - Auflage 10 000, November 1949